

# **Vom Hinterhof zur Alternative?**

## **Linke Politik in Lateinamerika**

---

Dokumentation einer öffentlichen Anhörung  
der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag  
am 31. November 2006



## Inhaltsverzeichnis

<b>Einladung und Programm</b>	<b>5</b>
<b>Liste der ReferentInnen</b>	<b>7</b>
<b>Adelar Pizetta</b> Landlosenbewegung und ihre Beziehung zur Regierung Lula	<b>12</b>
<b>Achim Wahl</b> Wirtschaftspolitik der Regierung Lula zwischen Konzern- und Finanzinteressen und sozialen Ansprüchen	<b>16</b>
<b>Raul Zelik</b> Venezuela: Staatssozialismus oder neue Formen partizipativer Demokratie?	<b>27</b>
<b>Silvia Natalia Rivera Cuscanqui</b> Coca-Politik zwischen Bauerninteressen und US-Drogenpolitik	<b>31</b>
<b>Juliana Ströbele-Gregor</b> Ein Jahr Regierung Morales: Konflikte um Verfassung, Autonomie und Regierungsführung	<b>35</b>
<b>Protokoll der öffentlichen Anhörung</b> - Teil 1 -	<b>40</b>
<b>Laurissa Mühlich</b> Schwellenland in einem regionalen Integrationsraum. Brasilien und der Mercosur	<b>42</b>
<b>Dr. Ronald Köpke</b> Alba als politische Strategie im Kontext der Freihandelsabkommen mit den USA und der EU?	<b>51</b>
<b>Protokoll der öffentlichen Anhörung</b> - Teil 2 -	<b>59</b>
<b>Nach dem Wiener Gipfel – die Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika solidarisch gestalten</b> Antrag der Fraktion DIE LINKE. (Drucksache 16/2602)	<b>62</b>



## **Vom Hinterhof zur Alternative?**

### **Linke Politik in Lateinamerika**

Nach den Diktaturen der 70er Jahre, der Schuldenkrise der 80er und der neoliberalen Marktöffnung und Privatisierung der 90er Jahre wählen die Menschen in Lateinamerika immer mehr Linke in die Regierung: Hugo Chávez in Venezuela, Evo Morales in Bolivien, Tabaré Vázquez in Uruguay, Ernesto Kirchner in Argentinien, Michelle Bachelet in Chile und Luis Inacio da Silva („Lula“) in Brasilien, zuletzt Daniel Ortega in Nicaragua und Rafael Correa in Ecuador.

Die überwiegende Zahl der Menschen des südamerikanischen Kontinents bis weit hinein in die Mittelschichten hat den Neoliberalismus satt. Heute streben neue linke Regierungen, getragen von einer breiten Mobilisierung in der Bevölkerung, sozialen Ausgleich an – durch mehr regionale Integration und eine stärker auf die Binnenwirtschaft und breitere Teilhabe orientierte Wirtschaftspolitik. Lulas Ernährungsprogramme (*fome zero*- Null Hunger), die *misiones* im Bildungs- und Gesundheitsbereich in Venezuela, die Nationalisierung der Erdöl- und Erdgasvorkommen in Bolivien sowie der Kooperationsvertrag „Bolivarianische Alternative für Amerika“ (ALBA), dem bereits etliche lateinamerikanische Staaten beigetreten sind, sind Beispiele dafür. Für die Linke in Europa bieten sich in Lateinamerika neue wichtige Dialogpartner an, um gemeinsame Antworten gegen die neoliberale Globalisierung, für eine friedliche, solidarische und multipolare Welt auszuloten.

Die neuen politischen Kräfteverhältnisse ändern auch die Beziehungen zwischen den lateinamerikanischen Ländern, ihre Positionierung zum Norden und innerhalb des Südens. Nicht nur der politische und wirtschaftliche Einfluss der USA, sondern auch der EU werden kritischer gesehen. Auch die lateinamerikanischen Integrationsmodelle haben sich differenziert. Der Mercosur tritt gegenüber EU und USA zunehmend selbstbewusst auf. Zugleich bildet sich mit ALBA ein neues Integrationsmodell aus, das den ganzen Kontinent umfassen soll und damit ein Gegenmodell zur US-dominierten Gesamtamerikanischen Freihandelszone anbietet. ALBA umfasst Handelsabkommen, die nicht auf Wettbewerb, sondern bedarfsorientiertem Austausch beruhen, und konkrete Maßnahmen gegenseitiger solidarischer Hilfe.

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE. diskutiert auf der Anhörung Erfahrungen mit linker Regierungspolitik in Lateinamerika mit Fachleuten aus der Region und stellt ihre parlamentarischen Initiativen zur Lateinamerika-Politik vor.

## Programm

15.30 Uhr

**Begrüßung** *Monika Knoche MdB, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE. und Leiterin des Arbeitskreises Internationale Politik*

15:35 Uhr

**Einführung** *Heike Hänsel MdB, Entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.*

15: 55 Uhr – 17:15 Uhr

### **Bilanz der Regierungspolitik in Brasilien, Venezuela und Bolivien**

Landlosenbewegung und ihre Beziehung zur Regierung Lula  
*Adelar Pizetta*

Wirtschaftspolitik der Regierung Lula zwischen Konzern- und Finanzinteressen und sozialen Ansprüchen  
*Achim Wahl*

Venezuela: Staatssozialismus oder neue Formen partizipativer Demokratie?  
*Raul Zelik*

Coca-Politik zwischen Bauerninteressen und US-Drogenpolitik  
*Silvia Natalia Rivera Cuscanqui*

Ein Jahr Regierung Morales: Konflikte um Verfassung, Autonomie und Regierungsführung  
*Juliana Ströbele-Gregor*

17:15 Uhr – 17:50 Uhr

### **Fragen und Diskussion**

(anschließend Pause)

18:15 Uhr – 18:45 Uhr

### **Regionale Integration als Alternative zur Globalisierung?**

Schwellenland in einem regionalen Integrationsraum. Brasilien und der Mercosur  
*Laurissa Mühlich*

Alba als politische Strategie im Kontext der Freihandelsabkommen mit den USA und der EU?  
*Dr. Ronald Köpke*

18:45 Uhr – 20:00 Uhr

### **Fragen und Abschlussdiskussion**

**Fazit und Schlusswort** *Heike Hänsel*

## Liste der ReferentInnen

### **Heike Hänsel**

*MdB, Entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.,  
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung,  
Obfrau der Fraktion DIE LINKE. im Unterausschuss Vereinte Nationen*

Geboren am 1. Januar 1966 in Stuttgart. Studium der Haushalts- und Ernährungswissenschaften. Diplomarbeit mit dem Titel: "Zinc and vitamin A in breast milk and blood of lactating women in a low-income area in East-Jakarta, Indonesia".

Ausgewählte Auslandsaufenthalte: 1988 Mitwirkung an dem internationalen Kulturtreffen "Chile crea". Unterstützung der demokratischen Opositionsgruppen. Oktober 1989 Bogota/Kolumbien. Mitwirkung an dem internationalen Kulturtreffen "Colombia Vive". Unterstützung von Friedensgruppen gegen die Spirale der Gewalt in Kolumbien. Entwicklung eines Anti-Drogen-Projektes zwischen deutschen und kolumbianischen Schulen. Dezember 1990 bis Januar 1991 Aufenthalt in einem Friedenscamp in Bagdad, Irak, im Vorfeld des Golfkriegs. 1991 Mitwirkung an der 1. Friedenskarawane durch alle Republiken des ehemaligen Jugoslawiens mit Friedenskonferenz in Sarajevo, Unterstützung von nicht-nationalistischen Friedensgruppen. 1995 bis 2001 regelmäßige Aufenthalte in der nordbosnischen Stadt Tuzla und anderen Städten Bosnien-Herzegovinas wie Sarajevo und Mostar. Aufbau einer Projekt-Städtepartnerschaft Tübingen-Tuzla. Mitwirkung an der jährlich stattfindenden Sommeruniversität Tuzla, die sich um einen Wissenstransfer für Studierende aus ganz BiH bemüht. November 2001 OSZE-Wahlbeobachtung im Kosovo. Januar 2003 Friedensdelegation in den Irak

Ehrenamtliche Mitarbeit: Gesellschaft Kultur des Friedens, Theodorakis-Chor, bis 1997 bei Amnesty International Gießen, Lateinamerika-Gruppe Gießen, Deutsch-Afrikanischer Freundeskreis Gießen, Friedensplenum Tübingen und Koordinierungskreis Friedensnetz Baden-Württemberg, Attac Stuttgart, seit November 2004 Sprecherin der EU-AG von Attac Deutschland (seit Ende Juli 2005 ruhend)

### **Monika Knoche**

*MdB, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende,  
Leiterin des Arbeitskreises „Internationale Politik“,  
Drogenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.*

Monika Knoche wurde am 24. September 1954 in Kirrlach in Baden-Württemberg geboren. Nach Abschluss der Realschule ging sie in den mittleren Fernmeldedienst und wurde Mitglied in der Deutschen Postgewerkschaft. Daneben engagierte sie sich in verschiedenen frauen- und kulturpolitischen Vereinen. Von 1979 an war Monika Knoche Mitglied der Grünen, seit 1991 Mitglied im Länderrat der Grünen. Im Jahr 1985 wurde sie Stadträtin in Karlsruhe, 1991 Fraktionsvorsitzende der Grünen. Von 1994 bis 1998 und von 1998 bis 2002 war sie Gesundheitsexpertin und Drogenpolitische Sprecherin der Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag. Für eine weitere Kandidatur stand sie aufgrund der rot-grünen Zustimmung zum Afghanistan-Einsatz 2002 nicht mehr zur Verfügung. Nach ihrem Ausscheiden aus dem Bundestag war sie bei der Bundesverwaltung als Gewerkschaftssekretärin im Vorstand von Ver.di angestellt.

Heute ist sie als Parteilose Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag und Leiterin des Arbeitskreises „Internationale Politik“. Sie ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und Drogenpolitische Sprecherin. Stellvertretend ist sie außerdem im Ausschuss für Gesundheit, im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie im Unterausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. Zusätzlich ist sie UNICEF Botschafterin.

### **Dr. Roland Köpke**

*Sozialwissenschaftler, Mitarbeiter des FDCL-Berlin*

Mitglied der bi-kontinentalen Arbeitsgruppe "Enlazando Alternativas", insbesondere zum Tribunal zu transnationalen Unternehmen in LA auf dem Gipfel LA-EU in Wien im Mai 2006. Seit 1987 Aufenthalte in Zentralamerika im Kontext der internationalen Solidarität mit Kriegsvertriebenen und Flüchtlingen, Gemeinden in Konfliktgebieten (insbesondere El Salvador, aber auch Honduras, Nicaragua, Guatemala u.a.). 1994/95 Geschäftsführer der Informationsstelle El Salvador, lebte von 1996 - 1999 in Nicaragua. Forschung zu Auswirkungen von Freien Produktionszonen. Beratung lokaler ArbeiterInnen-Organisationen, Publikationen (Nicaragua, El Salvador, Honduras, Guatemala, Costa Rica). Seit 2000 Arbeits- und Forschungsaufenthalte in den Andenländer (insb. Kolumbien, Ecuador und Peru). 2003 Foro Social, Porto Alegre. Seit 2001 freiberuflicher Consultant zum Bereich Kleine- und Mittlere Unternehmen, CSR, transnationaler Unternehmen/ Zulieferketten in der Agroindustrie in Lateinamerika.

Publikationen:

Nationaler Wettbewerb und Kooperation. Freie Produktionszonen in Mittelamerika (El Salvador, Honduras, Nicaragua) . Dampfbootverlag. Münster 1998.

Bickham Mendez/ Ronald Köpke: Gender und Transnationalismus: Internationale Sozialstandards. In: Peripherie 75/ 1999.

Köpke R./ Röhr W.: Codes of Conduct: Verhaltensnormen für Unternehmen und ihre Überwachung. PapyRossa Verlag. Köln 2003.

Sozialstandards im Kontext multilateraler Zertifizierungsstandards - Erfahrungen aus Agroexportsektoren: In: Bass/ Melchers: Neue Instrumente zur sozialen und ökologischen Gestaltung der Globalisierung. LIT Verlag Münster 2004.

In Vorbereitung: Freihandelsabkommen der EU mit Zentralamerika und den Andenländern. Arbeitspapier des FDCL. Berlin 2007.

Vortrag auf einem Hearing der Enquete-Kommission Globalisierung des Deutschen Bundestags am 3.11.2001 zu Verhaltenskodizes transnationaler Unternehmen.

### **Laurissa Mühlich**

*Ökonomin und Dozentin am Lateinamerika-Institut der FU -Berlin*

Laurissa Mühlich ist seit Oktober 2006 Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Ökonomie am Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin, wo sie selbst bis 2003 Volkswirtschaftslehre studierte. Nach ihrem Studium absolvierte Laurissa Mühlich die Postgraduiertenausbildung am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) und arbeitete von 2004 bis 2006 als Projektleiterin bei der Internationale

Weiterbildung und Entwicklung GmbH (InWEnt) als Projektleiterin im Bereich Wirtschaftspolitik, v.a. in der Zusammenarbeit mit asiatischen und afrikanischen Ländern. Seit Beginn des Jahres 2006 arbeitet sie an ihrer Promotion zum Thema regionaler monetärer Integration in Entwicklungs- und Schwellenländern in Südamerika und Ostasien.

### **Adelar Joao Pizetta**

*Koordinator für politische Bildung der Landlosenbewegung in Brasilien*

Mitglied im nationalen Vorstand der brasilianischen Landlosenbewegung Movimento Sem Terra (MST). Koordinator der Escuela Nacional Florestan Fernandes für politische Bildung der MST. Er ist Pädagoge und seit 20 Jahren in der Landlosenbewegung aktiv. Er lebt in Sao Paulo.

### **Dr. Silvia Natalia Rivera Cuscanqui**

*Soziologin und Aktivistin der Coca-Bewegung und der kataristischen Indígena-Bewegung, Beraterin der Regierung im Landwirtschaftsministerium in Coca-Fragen*

Geboren 1949 in La Paz, Aymara-Herkunft. Gründete 1983 mit anderen Intellektuellen (Indigenas und Mestizen) die Geschichtswerkstatt „Taller de Historia Oral Andina“. Seit über zwei Jahrzehnten Soziologieprofessorin an der Universidad Mayor de San Andrés de La Paz, en la Carrera de Sociología. Gastprofessorin an den Universitäten Columbia (New York), Austin (Texas), La Rábida (Huelva), Jujuy, und an der Universidad Andina Simón Bolívar de Quito. 1990 bekam sie das Guggenheim Stipendium und 1993 fue nombrada Profesora Emérita de la UMSA.

Publikationen:

"Oprimidos pero no vencidos". Luchas del campesinado aymara y qhichwa de Bolivia, 1900-1980, (La Paz, 1984, Übersetzt ins englische und Japanische).

Los Artesanos Libertarios y la Ética del Trabajo (Geschichte der anarchistischen Bewegung in La Paz, gemeinsam mit Zulema Lehm).

Bircholas. Trabajo de Mujeres, explotación capitalista y opresión colonial entre las migrantes de La Paz y El Alto (La Paz, 1996).

Las Fronteras de la Coca: Epistemologías Coloniales y Circuitos Alternativos de la Hoja de Coca (La Paz, 2003).

Ihre letzten beiden Dokumentarfilme:  
Junio 2001, La Retirada de los Yungas,  
Viaje a la Frontera del Sur

### **Dr. Juliana Ströbele-Gregor**

*Altamerikanistin, Ethnologin und Pädagogin*

1989-1995 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lateinamerika-Institut der FU-Berlin. Lehrtätigkeit an den Universitäten Frankfurt a.M., Costa Rica und Cuenca (Ecuador). Spezialgebiete: Ethnologie der Andenländer und Guatemala; Religionsethnologie; Politische Anthropologie; Geschlechterforschung, Indigene Bewegungen. Seit 1981

kontinuierliche Analysen des politischen Wandels in Bolivien. Zahlreiche Feldforschungen in den Andenländern und Zentralamerika. 2000-2003 Mitarbeiterin am Institut für Ethnologie der Freien Universität Berlin im EU- geförderten internationalen Forschungsprojekt: LATAUTONOMY- Multikulturelle Autonomien - eine notwendige Bedingung für nachhaltige Entwicklung? Veröffentlichung siehe 2005. Freie Gutachterin in der Entwicklungszusammenarbeit in den Bereichen: Bildung, Zweisprachige Interkulturelle Erziehung; Partizipation indigener Völker; Geschlechterdimension und Gleichstellung von Frauen; Partizipation in Dezentralisierungsprozessen; Entwicklung von Wirkungsindikatoren im Bereich Politik und Kultur. Mitherausgeberin des „Jahrbuches Lateinamerika- Analysen und Berichte“, derzeit bei Westfälisches Dampfboot: Münster

Publikationen:

„Zukunft gestalten - Herausforderungen an die indigenen Bewegungen in Lateinamerika“. In: Ströbele-Gregor (Coord.) (2002): Dossier: Nuevas tendencias de movimientos indígenas en los Paises Andinos y Guatemala al fin del milenio. INDIANA 17/18, Berlin, 2002, S. 9-29.

"Herausforderungen an die Demokratie – Indigene Völker und Gesellschaft in Lateinamerika", in GTZ - Koordinationsstelle Indigene Völker in Lateinamerika und der Karibik: Indigene Völker in Lateinamerika und Entwicklungszusammenarbeit, GTZ, Eschborn, 2004, S. 1-27.

"La cooperación al desarrollo en Europa ha descubierto a los indígenas. La cooperación al desarrollo de la Unión Europea y de la República Federal de Alemania para la promoción de los pueblos indígenas. Un estudio de caso para el debate crítico de los principios“, en: Gabriel, Leo / Lopez y Rivas, Gilberto (eds): Autonomías Indígenas en América Latina - Nuevas formas de convivencia política, México: Plaza y Valdes, 2005, S. 541-589.

"Bolivien – Auf dem Weg zur Neugestaltung der Demokratie?" In: Boegkh, Andreas / Öhlschläger, Rainer (Hrsg.): Krisenregionen in Lateinamerika. Weingartener Lateinamerika-Gespräche 2005, Institut für Iberoamerika- Kunde: Hamburg, 2006, S. 229-250.

"Für ein anderes Bolivien - aber für welches? Indigene Völker und Staat in Bolivien", in: Bopp, Franziska / Ismar Georg (Hg.): Bolivien- Neue Wege und alte Gegensätze, Wissenschaftlicher Verlag Berlin, Berlin, 2006, 279-326.

## **Achim Wahl**

*Lateinamerikanist*

Tätigkeit im Ausland: Brasilien, Mocambique, Kuba, Guatemala, Angola. Zuletzt Leiter des Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Sao Paulo, Brasilien. Projektführung in Brasilien, Uruguay und Chile. Teilnehmer an den Weltsozialforen in Porto Alegre, Kontinental- und nationalen Foren in Quito (Ecuador), Belo Horizonte (Brasilien) und Santiago de Chile. Mitarbeit im Arbeitskreis Lateinamerika beim Parteivorstand der Linkspartei.

Publikationen:

„Die Linke in Lateinamerika und das Forum von Sao Paulo“. In: „Globale Dimensionen sozialistischer Programmatik“ – Reihe „Geschichte und Gesellschaft“, GNN Verlag, 2001.

„Brasilien unter der Regierung Lula“. In: Utopiekreativ, Nr. 167, Sept. 2004.

„Agrarfrage: ein Knotenpunkt gesellschaftlicher Konflikte in Lateinamerika“, mit Helma Chrenko, Harri Grünberg. In: „Junkerland in Bauernhand“, Hrsg. Hans Modrow, Hans Watzek, edition ost, 2005.

„Erfahrungen der partizipativen Demokratie“. In: „Pankower Vorträge“ Heft 85: „Lateinamerika im Aufbruch“, Hrsg. „Helle Panke“, 2006.

Des Weiteren diverse Artikel zu Brasilien und Lateinamerika in [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de), Neues Deutschland, Disput.

### **Raul Zelik**

*Schriftsteller und Politikwissenschaftler,*

*Dozent am Lateinamerika-Institut der FU Berlin*

Geboren 1968 in München. Seit 1985 regelmäßig in Lateinamerika. Veröffentlichte unter anderem den Kolumbien-Roman "La Negra" (2000) und das Kolumbien-Sachbuch "Kolumbien - Große Geschäfte, staatlicher Terror und Aufstandsbewegung" sowie das politische Tagebuch "Made in Venezuela. Notizen zur bolivarianischen Revolution". Wurde mit zahlreichen Preisen und Stipendien ausgezeichnet. Arbeitet zurzeit über den Zusammenhang von neuen Kriegen, neoliberaler Wirtschaftspolitik und staatlichem Terror am Beispiel Kolumbien. Doziert seit 2005 als freier Mitarbeiter am LAI der FU.

# Landlosenbewegung und ihre Beziehung zur Regierung Lula

*Adelar Pizetta*

## Einleitung

Im Namen der Bewegung der landlosen Arbeiter (Movimiento de los campesinos Sin Tierra, MST) Brasiliens möchte ich mich für die Einladung bedanken und freue mich sehr, an einem so wichtigen Ereignis teilnehmen zu können, um die Lage in Lateinamerika und der Welt zu analysieren.

Ich bringe die Solidarität und Hoffnung aller Landbewohner und landlosen Arbeiter Brasiliens für den Aufbau einer besseren, solidarischen und gerechten Welt mit.

Da die Zeit knapp ist, möchte ich die Beziehungen des MST zur Regierung Lula, die Möglichkeiten für Fortschritt und Wandel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik und die Entwicklung des Klassenkampfes in Brasilien kurz darstellen.

### 1) Die Merkmale des Klassenkampfes in Brasilien

Die brasilianische Gesellschaft ist zutiefst ungleich und setzt sich aus sozialen Klassen mit sehr unterschiedlichen und gegensätzlichen Interessen zusammen. Doch nicht immer sind sich die Arbeiter dieser Gegensätze im Bereich der Wirtschaft, beim Kampf um die politische Macht oder auf ideologischem Gebiet bewusst. Der Wahlkampf ist Teil des politischen Kampfs, doch er ist nur ein Teil davon. Diejenigen, die meinen, dass der Wahlkampf dasselbe sei wie der politische Kampf, irren sich, denn die entscheidenden Fragen sind: Wie kann man im Wahlkampf Kräfte bündeln? Wie lässt sich eine politische Debatte mit den Massen führen, um ihr Bewusstsein zu schärfen und ihre Bereitschaft zu erhöhen, sich effektiv am Prozess zu beteiligen?

### 2) Weshalb ist es Lula nicht gelungen, dem Neoliberalismus in seiner ersten Amtszeit die Stirn zu bieten, obgleich er die Wahlen 2002 gegen das neoliberale Modell gewann?

Einige Erklärungen:

1.) Es gab einen Pakt, ein Klassenbündnis mit Vertretern der brasilianischen Bourgeoisie, die die Kandidatur von Lula unterstützten; dieser Pakt wird in dem Schreiben an die Brasilianer vom Juli 2002 dargelegt;

2.) Um die Wahl zu gewinnen, musste Lula Kompromisse mit Vertretern der Konservativen eingehen, die zu einer Regierung mit Vertretern aller Klassen führte, mit linken und rechten Ministern und Ministern der politischen Mitte. Die wichtigsten Ministerien (des Wirtschaftsbereichs) erhielt die Rechte;

3.) Es gab strukturelle Änderungen im Hinblick auf die Form des gegenwärtigen Staates, so dass der Finanzminister und der Präsident der Zentralbank heute größeren Einfluss auf die Wirtschaftspolitik ausüben als der Präsident der Republik;

4.) Die von Lula verfolgte Wirtschaftspolitik verstieß gegen die nationalen Interessen und die der Arbeiterklasse, was zu einer stärkeren Konzentration des Reichtums, der

Einkommen und des Kapitals führte (in Brasilien besitzen 1 % der Landeigentümer 46 % des Bodens);

5.) Der Abstieg der Massenbewegungen hielt an. Dies schwächt die Arbeiterklasse, und trotz aller bestehender Probleme verharrt sie in Apathie und kämpft nicht für ihre Rechte;

6.) Es bedarf eines Volksprojekts, das die Kräfte des Volkes um eine Alternative zum Neoliberalismus herum vereint. Weder die Partei des Präsidenten noch die gesellschaftlichen Bewegungen verfügen über ein solches Projekt. Wir bemühen uns, ein derartiges Projekt zu schaffen;

7.) Schließlich gelang es der Regierung Lula während ihrer ersten Amtszeit nicht, dem Neoliberalismus die Stirn zu bieten und das Wirtschaftsmodell zu ändern – es wollte dies auch nicht und besaß nicht die notwendige Kraft.

### **3) Die wichtigsten Faktoren, die die Wiederwahl von Präsident Lula ermöglichten**

1.) Die günstige internationale Wirtschaftskonjunktur: Lula stellte sich nicht gegen die internationalen Konzerne oder behinderte sie, sondern machte im Gegenteil dem internationalen Kapital sogar Zugeständnisse. So brauchen beispielsweise 30 % der Exporte der Unternehmen nicht in das Land zurückzuströmen, sondern können im Ausland verbleiben;

2.) Die brasilianische Bourgeoisie setzt die Arbeiterpartei mit einer bürgerlichen Partei gleich und verfolgte daher die Taktik der Zusammenarbeit anstatt der Konfrontation, wie es bei der bolivianischen oder der venezolanischen Bourgeoisie der Fall war. Sie zog es vor, mit Lula zusammenzuarbeiten und weiterhin von ihm zu profitieren, anstatt das Risiko der Konfrontation einzugehen und eine Reaktion der armen Massen zu provozieren;

3.) Der Erfolg der ausgleichenden Sozialpolitiken, die eine soziale Grundlage für die Unterstützung der Regierung durch die Bevölkerung schaffen sollten. Dies sorgte für eine Art taktische Allianz zwischen den Ärmsten und der Wirtschaftspolitik, von der die Reichsten profitierten – mit Lula im Mittelpunkt;

4.) Die Unterstützung in der zweiten Runde (Wahlgang) der sozialen Bewegungen, die keine Rück-/Wiederkehr der reaktionären Rechten an die Regierung wollten und daher den Wahlkampf Lulas offen unterstützten.

### **4) Perspektiven für die nächste Amtszeit**

#### **4.1 Für die Bourgeoisie**

1.) Beibehaltung einer Regierung mit Vertretern aller Klassen;

2.) Erzielung einer Mehrheit im Parlament;

3.) Im Gegenzug für ihre Unterstützung der Regierung Forderung von Reformen, die die Interessen des brasilianischen Unternehmertums berücksichtigen;

4.) Vorbereitung auf die Wahlen 2010;

- 5.) Ausübung von Druck auf Lula zur Beibehaltung der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik. Es werden auch Forderungen im Hinblick auf die Autonomie der Zentralbank gestellt, damit die Regierung über keinerlei Einfluss auf die Zins- und Wechselkurse verfügt;
- 6.) Folglich setzt das Kapital seine politische Offensive und seinen Druck während der zweiten Amtszeit der Regierung Lula fort.

#### **4.2 Perspektiven für die Arbeiterklasse und die sozialen Bewegungen (MST)**

- 1.) Man muss sich darüber im Klaren sein, dass dies widrige und sehr schwierige Zeiten für die Arbeiterklasse sind. Daher ist politische Klarheit erforderlich, um die Kräfte für das nutzen zu können, mit dem man an Stärke gewinnen kann;
- 2.) Aufbau von einheitlichen Positionen unter den Volksbewegungen, um Fortschritte im Kampf gegen das Wirtschaftssystem zu erzielen;
- 3.) Unterstützung des sozialen Kampfs, um für den Wiederaufstieg der Massenbewegung zu sorgen. Ohne den verstärkten Kampf der Massen wird es weder bei der Agrarreform noch bei der Wirtschaftspolitik Änderungen und Fortschritte geben. Die Macht für Veränderungen liegt bei den Massen und nicht bei der Regierung;
- 4.) Erzielung von Fortschritten bei der politischen Bildung, Ausbildung von Kämpfern und Kadern, damit ihnen die politischen Aufgaben klar sind, die wir in dieser historischen Epoche durchführen müssen;
- 5.) Setzen von Prioritäten bei der politischen Arbeit zur Schärfung des Bewusstseins und zur Organisation der Jugend;
- 6.) Fortsetzung der Anstrengungen um den Aufbau alternativer Kommunikationsmittel, mit denen man eine Schärfung des Bewusstseins der Massen erreichen kann;
- 7.) Anregung der Debatte über die Notwendigkeit, ein Volksprojekt für Brasilien zu schaffen;
- 8.) Man sollte nichts von der Regierung erwarten; die Erfolge werden das Ergebnis unserer Fähigkeit sein, zu kämpfen und Druck seitens der Bevölkerung auszuüben.

#### **5) Leistung und Perspektiven der Regierung Lula**

Die Initiativen der Regierung werden von mindestens drei Faktoren abhängen:

- 1.) Die internationale Wirtschaftskonjunktur und ihr Einfluss auf die brasilianische Wirtschaft;
- 2.) Das Verhalten der brasilianischen Bourgeoisie und ihre wirtschaftlichen Interessen;
- 3.) Das Verhalten der Arbeitermassen und der Aufstieg der Massenbewegung.

## Schlussbemerkungen

Wir von der MST und den anderen sozialen Bewegungen fahren mit unserer Aufgabe fort, zur Schärfung des Bewusstseins und der Organisation des Volkes beizutragen. Wir fördern weiterhin jede Art des sozialen und politischen Kampfs, um unsere Kräfte um ein neues Projekt für das Land herum zu bündeln.

Dies erfordert, dass wir an drei miteinander verbundenen Fronten handeln:

- a) Politische Bildung;
- b) Förderung und Entwicklung des Kampfs der Massen sowie
- c) die Organisation des Volkes.

Daher müssen wir mit der Regierung Lula verhandeln und Druck auf sie ausüben, damit gewährleistet ist, dass die Errungenschaften und die Änderungen Ergebnisse des Drucks des Volkes und der kämpfenden Landarbeiter sein werden.

Daher besteht unsere Taktik darin zu kämpfen, um Fortschritte und Erfolge zu erzielen. Ohne Kampf erreicht man nichts, egal, welche Regierung an der Macht ist.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

# **Wirtschaftspolitik der Regierung Lula zwischen Konzern- und Finanzinteressen und sozialen Ansprüchen**

*Achim Wahl*

Für Brasilien, einem Land mit großem ökonomischen Potential, einer starken Arbeiter- und Mittelklasse und einer erfahrenen Bourgeoisie, sind gravierende soziale Ungleichheit, extreme Armut und starke Differenzierung zwischen Reich und Arm charakteristisch. Seine Kolonialgeschichte und seine Abhängigkeit von Portugal, England und später von den USA führten zur Entwicklung eines abhängigen Kapitalismus, der durch eine hohe Konzentration des Privateigentums, eine starke Ausbeutung der Arbeitskraft und eine eingeschränkte Demokratie charakterisiert wird. Eine Mittelklasse, die wie ein politisch-soziales Abfederungssystem wirkt, ermöglicht der herrschenden Elite, tiefgreifende soziale Krisen frühzeitig zu erkennen und diese Konflikte zwischen einzelnen Sektoren der herrschenden Klasse auszutragen. Die Volksmassen spielten in diesen Konflikten immer eine untergeordnete Rolle, die brasilianische Linke befand sich immer in der Minderheit. Dieser Zustand begann sich in den 80-er Jahren des XX. Jahrhunderts zu ändern. Untrügliche Anzeichen dieser neuen Erscheinungen waren die Krise der Militärdiktatur, die Spaltung der Bourgeoisie in Gewinner und Verlierer der neoliberalen Globalisierung und die Herausbildung neuer Arbeiter- und sozialer Bewegungen. Die brasilianische Linke erstarkte, organisierte sich und sammelte Kraft für den politischen und sozialen Kampf. Erstmals in der brasilianischen Geschichte zeigte sie sich als soziale Kraft mit alternativem Potential. Es entstanden die Arbeiterpartei (PT), neue Gewerkschaften (CUT) und die Bewegung der Landlosen (MST). Nach einigen Anläufen in den Wahlen zum Präsidenten der Republik gewannen die PT und Luíz Ignásio Lula da Silva 2002 die Wahl. Zum ersten Mal in der brasilianischen Geschichte setzte sich ein Vertreter der Linken und der sozialen Bewegungen durch, der nicht aus der alten und neuen Elite Brasiliens kam. Dieser Erfolg wurde ermöglicht, weil ein Teil der brasilianischen Bourgeoisie, die zu den Verlierern der neoliberalen Entwicklung gehörte, sich als Verbündeter der Linken Brasiliens positionierte. Die prinzipielle Frage, die sich stellte und noch stellt, ob ein Präsident, der aus der Linken kommt, in der Lage ist, das soziale und wirtschaftliche und politisch konservative Modell Brasiliens zu ändern. Das schließt die Frage ein, ob eine von der Linken dominierte Regierung ein transformatorisches Projekt in Gang setzen und gravierende soziale und politische Veränderungen einleiten kann.

Die vergangenen vier Jahre Regierung Lula zeigen, dass diese Frage noch nicht beantwortet ist. Faktoren, die die Lösung wesentlich beeinflussen sind:

1. Die Interessen der USA und des internationale Kapitals, Brasilien nicht aus seinem Einflussbereich zu entlassen.
2. Das Wirken und die starken Positionen der alten und neuen Eliten, die nach wie vor die Mehrheit der Bundesstaaten in ihren Händen halten und politisch über die Mehrheit in den gewählten Vertretungen verfügen.
3. Die politische Struktur des Landes, die begonnen mit dem Einfluss der Medien und den großen Privatunternehmen und Banken, die Verfügungsgewalt über die hauptsächlichsten Ressourcen des Landes in ihren Händen halten.

4. Die weitere Entwicklung der Partei des Präsidenten, der PT. War sie in den Gründungsjahren eine antikapitalistische Partei und des sozialen Kampfes, so wurde sie in den 90-er Jahren zu einer antineoliberalen Partei, deren Hauptziel es war, im parlamentarischen Kampf zu bestehen und die Präsidentschaftswahl für sich zu entscheiden.
5. Die Entwicklung der sozialen und politischen Linken überhaupt. Gelingt es der Linken, die vorhandenen Divergenzen und Spaltungen zu überwinden und die wichtigen sozialen Bewegungen mit einzubeziehen, wird es möglich sein, Kräfteverhältnisse im Land zu verändern und ein nationales Entwicklungsprojekt durchzusetzen.

Vier Jahre Regierung Lula zeigen, dass es eine Illusion ist zu glauben, dass ein transformatorisches Projekt in so kurzer Zeit realisiert werden kann. Die rechte Opposition ist und bleibt ein ernst zu nehmender Faktor im politischen Leben Brasiliens, die ihre Angriffe auf die Regierung mit allen Mitteln des politischen Kampfes durchführt.

Nach dem Sieg Lulas im Oktober 2006 und mit dem Beginn seiner zweiten Amtszeit besteht die Möglichkeit, den begonnenen Weg weiter zu führen und tiefgreifende Veränderungen der Gesellschaft einzuleiten.

Noam Chomsky charakterisiert die 90-er Jahre als Zeit, in der nicht mehr die Militärs die Macht ausübten, sondern mit der Durchsetzung neoliberaler Politik in Brasilien der Markt seine Diktatur errichtete und damit das internationale Finanzkapital zu dominieren begann.<sup>1</sup> Einer der Ideologen der PT, Tarso Dutra, ehemals Minister der ersten Regierung Lula, schätzte 2002, d.h. vor dem Wahlsieg der PT, ein: „Die Veränderungen in Brasilien zeigen, dass das Land sich nach wie vor in den Fängen des Marktes befindet, Präsidenten gewählt werden, die vorgeben zu regieren, die aber nichts weiter tun, als die Macht des Finanzkapitals absichern zu helfen“<sup>2</sup>

In Brasilien wie auch in anderen Ländern des Kontinents gingen tiefgreifende Veränderungen vor sich, die zur Unterordnung aller Akteure unter die Vorherrschaft des transnationalen Kapitals führten: auf sozialem Gebiet mehr Armut und prekäre Arbeitsverhältnisse, auf politischem Gebiet die Instrumentalisierung des Staates zu Gunsten eines Blockes, der gebildet wird von den multinationalen Unternehmen und den neoliberalen Eliten und auf ideologischem Gebiet die Dominanz des neoliberalen Denkens.

Der Wahlsieg der PT war Ausdruck der Ablehnung dieser Politik durch eine Mehrheit des brasilianischen Volkes, stellte aber die Regierung Lula vor eine Situation, in der sie sich als Gestalter der Geschichte die Bedingungen, unter denen sie agieren musste, nicht aussuchen konnte. Nach José Luíz Fiori (Soziologe, Rio de Janeiro) war und ist die Regierungszeit Lulas eine Periode heftiger politischer Zusammenstöße und Auseinandersetzungen, seine Regierung ein Raum permanenter Divergenzen, von Konflikten und der Kompromissuche, ein wahrhaftiger Krieg der Positionen, faktisch eine Art Schachspiel.“<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Noam Chomsky, Rede während des Weltsozialforums 2001 in Porto Alegre, [www.forumsocialmundial.org.br](http://www.forumsocialmundial.org.br)

<sup>2</sup> „Crise da Democracia“, Editora Vozes, 2002, Seite 32

<sup>3</sup> José Luíz Fiori, « Interessen und Veränderungen“ („Os interesses e as mudancas“), Zeitschrift „Cartacapital“, 6. August 2003, Seite 26

## 1) Das Wirtschafts- und Sozialprogramm und die Reformprojekte der Regierung Lula (von 2003 – 2006)

In Folge der Niederlagen in den vorausgegangenen Wahlen widmeten sich die PT und eine Gruppe von Spezialisten und Politikern im neu geschaffenen „Institut des Bürgers“ (Instituto da Cidadania) der Erarbeitung eines progressiven nationalen Projektes.

In der PT selbst existieren zwei unterschiedliche Entwicklungskonzeptionen:

- Das monetaristische Entwicklungsmodell.  
Es basiert auf der Kontrolle der Steuerbilanz und der Goldparität, forciert die Steueranpassung als Regulierungsmittel, was heißt, dass es makroökonomische Maßnahmen mit liberalen Reformen bevorzugt. Diese konservative Politik sieht im variablen Wechselkurs als Basis der freien Bewegung des Kapitals, der Kontrolle der Inflation und restriktiver Steuerpolitik die Grundlage wirtschaftlicher Entwicklung. Die Politik des Präsidenten Fernando Enrique Cardoso, des Vorgänger von Lula, stützte sich auf diese Prinzipien und fand ihre Anhänger im Ministerium für Wirtschaft, die als überzeugte Verfechter des „Washingtoner Konsenses“ tätig sind.
- Das zweite Modell basiert auf den Ideen der Vertreter der nationalen Entwicklungstheorie<sup>4</sup>, die eine souveräne und autonome Wirtschaftsentwicklung anstreben. Sie vertreten die Idee profunder Reformen, einschließlich der Agrarreform, der Kontrolle der Bewegung des internationalen Kapitals und der nationalen Ressourcen, eine grundlegende Steuerreform, eine Reform des Sozialversicherungssystems, die die sozialen Rechte der Arbeitnehmer garantiert und der Überwindung neoliberaler Politik wie der Privatisierung öffentlicher Güter etc.

Mit dem Sieg der PT ergab sich die Möglichkeit, in der Wirtschaftspolitik bestimmend zu werden.

Ihr entscheidender Ansatzpunkt war der Gedanke der nationale Entwicklung im Zusammenhang mit der Lösung der sozialen Frage.

Das von der Gruppe des Instituto da Cidadania ausgearbeitete Programm, das wesentlich von diesen Vorstellungen bestimmt wurde, sah einen moderaten Übergang vor, der weder im Chaos enden sollte, noch in der Weiterführung der vorherigen Wirtschaftspolitik bestand. Wesentlicher Ausgangspunkt war, eine direkte Konfrontation mit dem Internationalen Währungsfond zu vermeiden.

Zwei Thesen wurden postuliert:

- Die Wiederherstellung der Rolle des Staates, der historisch ein Träger der nationalen Entwicklung war und eine regulierende Rolle in der kapitalistischen Wirtschaft spielen soll.
- Entwicklung des Binnenmarktes zur Stimulierung der nationalen Produktion und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Dieses Konzept sah vor, eine Wirtschaftsplanung seitens des Staates durchzusetzen. Gleichzeitig wurden den öffentlichen Unternehmen und Banken eine führende Rolle zugesprochen, die verantwortlich für eine enge Kooperation mit dem Privatsektor sind. Gegen die bisherige Politik der unumschränkten Gewalt des

---

<sup>4</sup> Luíz Augusto Faria, Koordinator für Studien der Politischen Ökonomie an der Stiftung Wirtschaft und Statistik, Porto Alegre, nennt dieses Modell die „nationale Entwicklungsausrichtung“ (nacional-desenvolvimentismo)

Marktes wurden regulierende Maßnahmen angedacht, die vor allem die sozialen Rechte der Arbeitenden erfassten. Die auf Rohstoffexporte (zu fast 90%) orientierte Exportwirtschaft sollte in gemeinsamen Anstrengungen des Staates und der Privatwirtschaft umorientiert werden, die auf der Basis der Entwicklung neuer Technologien und neuer Industrien möglich ist. Gleichzeitig wurden Investitionen in die Infrastruktur, den Wohnungsbau, den öffentlichen Transport usw. vorgesehen, die sich direkt für die Verbesserung der sozialen Lage der Bevölkerung auswirken sollten. „Unser Vorschlag besteht darin, dass diese Investitionen gemeinsam vom industriellen Sektor der öffentlichen Unternehmen und dem Privatsektor getätigt werden, d.h. sie würden mit Krediten und nicht mit Steuerreserven finanziert.“<sup>5</sup>

Angedacht war die Förderung einiger wichtiger Sektoren, die sowohl direkt die sozialen Bedingungen verändern wie auch Arbeitsplätze schaffen und zu einer Verminderung teurer Importe beitragen würden.

Diese nationale Entwicklungskonzeption wurde untersetzt mit der Planung von Reformen.

### **Die Agrarreform**

Die Agrarreform stellt im Programm der PT eine fundamentale Aufgabe dar, deren Ausgangspunkt das Land als Lebensraum der Menschen und als Basis des Lebens ist. Ihre soziale Funktion ist die Lösung des Problems des Eigentums an Land.

Das Programm sah vor, in sechs Jahren 1,8 Millionen landlose Bauern (d.h. 300.000/a) anzusiedeln und dafür 4,8 Mrd. Reais (ca. 600 Mio. US-\$) zu investieren.

Präsident Lula bestätigte wiederholt diese Absicht. Allein diese Zielstellungen wurden in den vier Jahren der Regierung Lula nicht erreicht.

### **Das Projekt „Null Hunger“ (Fome Zero)**

Das größte soziale Problem Brasiliens ist der Hunger. Erarbeitet wurde deshalb das Projekt „Null Hunger“, das von einem breiten Spektrum zivilgesellschaftlicher Organisationen im Jahre 2001 vorbereitet wurde. Die zentrale Zielstellung war „die Herstellung der Einheit zwischen einer strukturellen Politik der Umverteilung der Einkommen, des Produktionswachstums, der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Agrarreform und sozialer Sofortmaßnahmen, die durchaus als kompensatorische Politik verstanden werden können.“<sup>6</sup> Das Projekt „Null Hunger“ strebt eine Kombination von strukturellen und lokalen Maßnahmen an, wobei die strukturellen Maßnahmen darauf gerichtet sind, die Ernährungssituation der Bevölkerung und die Einkommensverhältnisse zu verbessern. Diese sollen zusammenwirken mit lokalen Projekten wie der Schaffung von Volksrestaurants, von sog. „Lebensmittelbanken“, der Entwicklung der solidarischen Wirtschaft, der Vergabe von Mikokrediten usw. Die Zielgruppe dieser Maßnahmen sind die ärmsten Schichten, die 44 Mio. Menschen umfassen (28% der Gesamtbevölkerung, davon 15 Mio. in nichturbanen Gebieten).<sup>7</sup>

Gedacht war „Null Hunger“ als Nothilfeprogramm, das wirtschaftliches Wachstum schafft und den in Brasilien ausgeprägten Familienwirtschaften Hilfe und Unterstützung gewährt.

---

<sup>5</sup> Ricardo Carneiro, Professor an der Universität Campinas (UNICAMP), „Weder Chaos noch Kontinuum“ („Nem caos nem continuidades“), 18. 6. 2002, [www.pt.org.br](http://www.pt.org.br)

<sup>6</sup> Instituto de Cidadania, „Ein Vorschlag für die Ernährungspolitik“ (Uma Proposta de Política de Segurança Alimentar“, Oktober 2001

<sup>7</sup> nach Angaben des „Ernährungsprojektes“ (PNAD), 1999

„Null Hunger“ wurde ergänzt durch das Programm „Bolsa Família“ (Familienunterstützung). Geplant wurde, Familien mit einem monatlichen Einkommen von 120 Reais pro Person eine direkte finanzielle Hilfe (73 Reais monatlich) zu geben, die für ca. neun Millionen Familien in allen Gemeinden des Landes mit einem Finanzvolumen von 8,3 Mrd. Reais durchgesetzt werden sollte.

### **Institutionelle Instrumente zur Realisierung dieses Modells**

Die tragende Rolle spielte in diesem Konzept die „Nationale Bank für Entwicklung und Soziales“ (Banco Nacional de Desenvolvimento e Social – BNDES). Sie ist eine der größten Banken Brasiliens, deren Präsident Carlos Lessa, ein Vertreter des Entwicklungsflügels, bis 2004 war. Die Bank unterstützt mit Krediten verschiedene Sektoren der Infrastruktur, der produktiven Aktivitäten, bes. jener, die neue Arbeitsplätze schaffen. Besondere Aufmerksamkeit schenkte die Bank der Agrarindustrie und der Lebensmittelindustrie. Sie unternahm den Versuch, Einfluss auf wichtige Projekte des Schiffbaus, der Rüstungsindustrie und kleiner und mittlerer Unternehmen zu bekommen. Verändert wurden die Regeln der Finanzierung ausländischer Unternehmen, die vorher von der BNDES zur Verfügung gestellte Kredite über Privatbanken erhielten. Ausgeschaltet wurden die Privatbanken und die Direktfinanzierung wurde unter die Kontrolle der BNDES genommen.

Aufgelegt wurde das Programm der „Öffentlich – privaten Partnerschaft“ (Parceria Público-Privado – PPP), das darauf abzielte, unternehmerische Ressourcen für vom Staat realisierte Projekte zu gewinnen. Der öffentliche Sektor ist verantwortlich für die Auswahl und Ausarbeitung von Projekten. Der private Sektor tritt auf als Konzessionär und ist verantwortlich für die Realisierung des Projektes. Der Staat trägt die Verantwortung für die Zielsetzung der Investitionen.

In der Praxis sah das Ganze dann etwas anders aus, da die Verfügungsgewalt über Ressourcen und Planung in den Händen des privaten Sektors verblieb.

Neu geschaffen wurden Ministerien wie das „Ministerium für Stadtentwicklung“ und das „Ministerium für Soziale Entwicklung und Kampf gegen den Hunger“, denen als zentrale Aufgabe die Verbesserung der sozialen Lage der Bevölkerung übertragen wurde.

Die Einrichtung des „Rates für Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung“ war Ergebnis der Entwicklung partizipativer Elemente der Demokratie in Brasilien, die durch die Erfahrungen der Stadt Porto Alegre mit dem Bürgerhaushalt einen wesentlichen Anstoß zu seiner Schaffung gab. Er war gedacht als Raum zivilgesellschaftlicher Debatte, in dem die Gesellschaft zu Grundfragen der sozialen, wirtschaftlichen Entwicklung zu Wort kommen sollte.

Schon die ersten Zusammenkünfte des Rates verdeutlichten, dass das Hauptgewicht in der Regierung Lula bei den Wirtschaftsministerien liegt, deren führendes Personal strikte Verfechter des Washingtoner Konsenses sind.

### **Historische Erfahrungen der PT**

Obwohl die PT mit rund 25 Jahren Existenz eine relativ junge Partei ist, bringt sie einige wichtige soziale und wirtschaftliche Erfahrungen in ihre Regierungstätigkeit ein. Zum einen ist das das inzwischen international anerkannte und verbreitete Modell des Bürgerhaushaltes (partizipativer Haushalt oder Bürgerhaushalt). Zum

anderen setzt sich die PT für die Entwicklung der solidarischen Ökonomie ein, sodass es heute in Brasilien mehr als 10.000 kleine und mittlere Unternehmen gibt, die auf der Basis der Selbstverwaltung tätig sind.

Wie Tarso Genro und Ubiratan de Souza in ihrer Broschüre<sup>8</sup> schreiben, „besteht die Hauptidee des partizipativen Haushaltes in der Demokratisierung der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft.“ Er bricht mit den hergebrachten Vorstellungen der Beziehung zwischen Staat und Bürger, der aufhört, ein Bürger zu sein, wenn er nur alle vier Jahre einmal eine Stimme im Wahlkampf abzugeben hat. Es wurde ein politischer Raum eröffnet, der nichtstaatlich ist, in dem der Bürger an der Ausübung demokratischer Rechte aktiv teilnehmen konnte. In Porto Alegre wurde die Erfahrung gemacht, dass der Bürger sich aktiv in die Gestaltung des Haushaltes der Stadt einschalten und kollektiv an seiner Planung teilhaben kann, um seine sozialen Probleme zu lösen.

Brasilien ist eines der Länder, in denen die solidarische Ökonomie über starke Wurzeln verfügt. Für einen bedeutenden Teil der arbeitenden Bevölkerung sind Kooperationen eine wesentliche Grundlage zur Sicherung des Arbeitsplatzes. Der Kooperative gewinnt an Bedeutung, weil es eine hohe Arbeitslosenquote gibt. Die PT unterstützt Gewerkschaften, Land- und Industriearbeiter, die sich in selbstverwalteten Kooperativen organisieren. Nicht nur, dass Belegschaften von Betrieben und Unternehmen den Konkurs und damit die Arbeitslosigkeit vermeiden, sondern dass sie gleichzeitig kollektiv erfahren, wie sie selbstständig auf der Basis demokratischer und gleichberechtigter Beziehungen diese Kooperative verwalten und leiten lernen.

## **2) Die Realisierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Lula (2003 – 2006)**

Im Juni 2002 veröffentlichte Luíz Ignácio Lula da Silva als Präsidentschaftskandidat der PT einen „Brief an das brasilianische Volk“. Darin sagte er zu, alle bisherigen Verpflichtungen, die Brasilien mit dem IWF und anderen Institutionen abgeschlossen hatte, einzuhalten. Bestimmend für diese Aussage war die Befürchtung, dass spekulatives Kapital massenhaft Brasilien verlassen und damit eine Krisensituation, ähnlich der in Argentinien 2001-2002, eintreten könnte. Der IWF sorgte seinerseits in gewisser Weise noch in der Regierungszeit Fernando Henrique Cardosos vor, indem Brasilien einen Kredit von 40 Mrd. US\$ zugesprochen bekam und damit neue Verhandlungen im Sinne von Deregulierung und Anpassung an die IWF-Normen erforderlich wurden.

### **Haushalt- und Finanzpolitik**

Am Beispiel des Staatshaushaltes 2004 wird in Grundzügen deutlich, welche Finanz- und Wirtschaftspolitik die Regierung Lula realisierte.

Ausgehend von einer inländischen Verschuldung von 850 Mrd. Reais (ca. 300 Mrd. US\$), plante die Regierung einen rigiden Sparkurs. Der Schuldendienst machte zu diesem Zeitpunkt 58% des BIP aus (2003 waren es 50%). Das erforderte Kürzungen auf anderen Gebieten, sodass für das Gesundheitswesen z.B. nur 5,5% und für das

---

<sup>8</sup> Tarso Genro, Ubiratan de Souza: „Der partizipative Haushalt – die Erfahrung von Porto Alegre“ (Orçamento Participativo – a experiencia de Porto Alegre), Verlag Fundacao Perseu Abramo, S. 45-46

Schul- und Hochschulwesen nur 2,5% eingeplant werden konnten. Für Investitionen standen nur 230 Mrd. Reais zur Verfügung (2003 noch 250 Mrd. Reais). Zwei Monate Schuldendienst bedeuteten 32,8 Mrd. Reais, was einem Investvolumen für ca. 60 Staatsunternehmen im Jahr 2004 gleichkam. Ähnlich war es mit den für die Agrarreform zugesagten Mitteln. Sie wurden um fast ein Drittel gekürzt.<sup>9</sup>

Die bis 2003 ausbleibende Erholung der Wirtschaft, die im Zeitraum von 1998 bis 2003 mit einem Wachstum von durchschnittlich 1,4% bescheiden ausfiel, sollte durch erhöhte Exporte angekurbelt werden. Tatsächlich erhöhten sich die Exporte (bes. landwirtschaftliche Produkte wie Soja, Zucker u.a., Erze und Stahlerzeugnisse) auf 96 Mrd. US\$ (entspricht einer Steigerung um 22,7% 2005)<sup>10</sup>, sodass ein Wirtschaftswachstum von 4% im Jahre 2004 erreicht werden konnte. Mit der starken Betonung der Exports wurde eine grundsätzliche Änderung der Außenhandelsbilanz des Landes erreicht. Das Defizit des Außenhandels, das 2003 noch 8,6 Mrd. US\$ betrug, konnte in einen Exportüberschuss von 122 Mrd. US\$ (2005) verwandelt werden.

Der vom IWF auferlegte primäre Haushaltsüberschuss von 3,75% wurde auf 4,25% erhöht, um so schnell wie möglich in die Lage versetzt zu werden, die externen Schulden zu tilgen. (Nach Meinung des damaligen Ministers für Finanzen, Antonio Palocci, sollte der Überschuss kontinuierlich bis 11% erhöht werden.) Die sich günstig gestalteten Bedingungen des Weltmarktes und die Aufwertung der brasilianischen Währung gegenüber dem Dollar ermöglichten eine vorzeitige Rückzahlung der Auslandsschulden, die zum 1.1.2003, d.h. zum Tag der Regierungsübernahme Lulas, 210,7 Mrd. US\$ betragen.

Im Verlauf von drei Jahren zahlte Brasilien Schulden in Höhe von 160 Mrd. US\$ dem IWF zurück. Dadurch konnten 900 Mio. US\$ Zinsen gespart und der Anteil des Schuldendienstes am BIP von 35,9% auf 9,2% abgesenkt werden. Gleichzeitig wurden die im internationalen Vergleich sehr hohen Zinssätze von 85%/a auf 14,75%/a reduziert. Durch die strikte Finanzpolitik der Zentralbank wurde die Inflationsrate auf 4% (2002 noch 12,5%) gesenkt.<sup>11</sup>

Gegenüber den IWF erklärte die Regierung Lula, dass sie keine weiteren Verhandlungen mit ihm führen werde. Es verblieben an Auslandsschulden noch ca. 160 Mrd. US\$, was die niedrigste Verschuldung seit 1995 darstellt. Aus der Zentralbank verlautete gleichzeitig, dass sie über eine Kapitalreserve von über 160 Mrd. US\$ verfügt.<sup>12</sup>

Wenngleich ein Abbau der äußeren Verschuldung erfolgte, bleibt die enorme Summe von 850 Mrd. Reais interner Verschuldung (2004). Im Haushalt 2004 nahmen diese Schulden 58% des Gesamtbudgets ein. Die in der Regierung Lula für Wirtschaftspolitik zuständigen Sektoren verfolgten die Linie, diese Schulden in Titel zu verwandeln und zu veräußern. 40% der an den US-Dollar gebundenen Schulden wurden verkauft (73 Mrd. Reais). Käufer waren v.a. inländische Banken und ausländische Kapitalanleger, die sich Gewinnchancen mit den hohen Zinsraten ausrechneten. Tatsächlich waren es die Banken, die ca. 11 Mrd. US\$ Gewinn vor allem aus dem Verkauf der Titel für öffentliche Schulden erzielten. Benachteiligt

---

<sup>9</sup> Carta Maior, 17.2.2004

<sup>10</sup> [www.fpabramo.org.br](http://www.fpabramo.org.br), Perescópio, Nr. 3, 2006

<sup>11</sup> [www.pt.org.br](http://www.pt.org.br), „Mehr Entwicklung“ – Bilanz der Regierung Lula, Juni 2006

<sup>12</sup> Carta Maior, 23.8.2006

wurde der produzierende Sektor der brasilianischen Wirtschaft, der durch den teuren Real wenig Investitionen tätigen konnte.<sup>13</sup>

Gewinner der Politik der Regierung Lula waren und sind die exportorientierten Sektoren der Landwirtschaft, des Bergbaus und private in- und ausländische Banken.

### **Reform der Sozialversicherung, Steuerreform, Reform der Arbeitsgesetzgebung**

Mit der Reform des Sozialversicherungswesens wurde eine Tür für den privaten Versicherungssektor geöffnet. Die Reform wurde nicht genutzt, um die Schwächen des gegenwärtigen Systems zu überwinden und ca. 40 Mio. Menschen, die über keine Sozialversicherung verfügen, eine Versicherung zu garantieren.

Mit der Steuerreform wurde keine Veränderung des regressiven Systems durchgesetzt, obwohl die PT immer ein progressives Steuersystem gefordert hatte.

### **Institutionelle Politik**

Die BNDES wurde beauftragt, Kredite an ausländische Unternehmen über Privatbanken zu vergeben, was zu einem beständigen Konflikt mit dem Finanzministerium und der Zentralbank und zur Ablösung des damaligen Präsidenten der Bank, Carlos Lessa, im Sommer 2005 führte. Lessa sah in der direkten Finanzierung von Entwicklungsprojekten die Möglichkeit, die Rolle des Staates gegenüber dem internationalen und nationalen Finanzkapital zu stärken.

Unter diesen Vorzeichen der monetaristischen Politik wurde die Position der Zentralbank mit dem zum Minister ernannten Präsidenten Carlos Mereiles (ehemals Direktor der Boston Bank) immer ausgeprägter. Die vom Parlament kontrollierte Bank strebte zur Autonomie, um ihre Rolle als Zentrum der Finanz- und Geldpolitik unumschränkt ausüben zu können. Mehr und mehr wurden aus diesen Prozessen sowohl andere Ministerien wie auch soziale und politische Akteure ausgeschaltet. Der mit dem Ziel zivilgesellschaftlicher Partizipation geschaffene „Rat für Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung“ spielte keine Rolle mehr und erfüllte nicht die in ihn gesetzten Erwartungen, Mittler zwischen den Interessen von Bevölkerungsgruppen zu sein.

### **Sozialpolitik und Agrarreform**

Alle Dokumente der Regierung Lula weisen in Fragen Sozialpolitik die Erfolge aus, die mit der Realisierung der Programme „Fome Zero“ und Bolsa Família“ erzielt wurden. Nach diesen Angaben wurden seit 2003 neun Mio. Familien in dieses System in allen Gemeinden des Landes einbezogen, die insgesamt eine Summe von 11 Mrd. Reais (ca. 4 Mrd. US\$) erhielten. Nach Angaben des „Brasilianischen Instituts für Geografie und Statistik“ (IBGE) sank der Armutsindex um 8% im Jahre 2004. Die Anzahl der extremarmen Bevölkerung, die weniger als 115 Reais im Monat als Einkommen haben, wurde um rund 3 Mio. Personen verringert, d.h. dass der Index auf 25,8% an der Gesamtbevölkerung sank (1992 waren es 35,8%).<sup>14</sup>

Der Kampf gegen Hunger, Unterernährung und extreme Armut wurde mit diesen Programmen durchaus erfolgreich in Angriff genommen.

---

<sup>13</sup> Clarin, 1.10.2006

<sup>14</sup> „Mehr Entwicklung“ Bilanz der Regierung Lula, Juni 2006

Nach offiziellen Angaben ist die Arbeitslosigkeit um 17% zurückgegangen (zur Zeit Fernando Henrique Cardosos war sie um 40% angestiegen). In drei Jahren wurden 3, 42 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen, sodass die Arbeitslosigkeit im Jahr 2005 noch 9,8% der aktiven Bevölkerung ausmachte. Mehrheitlich sind das Arbeitsplätze des formellen Sektors, d.h. dass diese Arbeiter mit offiziellem Arbeitsbuch ausgestattet sind.<sup>15</sup> Angaben über den informellen Sektor werden in den offiziellen Verlautbarungen nicht gemacht, der nach Untersuchungen von Wirtschaftsinstituten immer noch außerordentlich hoch ist und mit bis zu 40% des Arbeitsmarktes beziffert wird.<sup>16</sup>

Erhöht wurde der Mindestlohn von 200 auf 350,00 Reais monatlich.

Im Programm zur Förderung der Familienwirtschaften wurden 7,5 Mrd. Reais investiert und die technische Unterstützung von 32 Mrd. auf 110 Mrd. in drei Jahren in Form von Mikrokrediten erhöht. Im semiariden Nordosten wurde die Unterernährung um 63% unter der Landbevölkerung reduziert.<sup>17</sup>

Nach offiziellen Angaben wurden ebenfalls Fortschritte in der Durchsetzung der Agrarreform erzielt. Es wurden insgesamt 260.000 Familien angesiedelt und für den Landerwerb landloser Bauern in drei Jahren 2,7 Mrd. Reais ausgegeben.

Die offizielle Beurteilung nach vier Jahren Lula-Regierung fällt demzufolge positiv aus: Erhöht hat sich die Zahl der Beschäftigten, die Mehrheit extrem armer Familie erhält finanzielle und Nahrungsmittelunterstützung, die Lebensbedingungen vieler Menschen haben sich leicht verbessert. 7 Mio. Personen sind in den Mittelstand aufgestiegen.<sup>18</sup>

Allerdings sind bei der Beurteilung der Ergebnisse der Sozialpolitik der Regierung Lula Einschränkungen erforderlich:

- a. Wenn festgestellt werden kann, dass die Familieneinkommen im Durchschnitt verdoppelt wurden, so betragen sie insgesamt nur 31% der Bruttoeinkünfte. Die fast 70% verbleibenden sind dagegen Einkünfte von Finanzinstituten und Unternehmen, die aus Zinsen und Gewinnen stammen. Festzustellen ist damit eine Konzentration der Einkünfte aus Zinsen und Gewinnen gegenüber Gehältern und Löhnen. Die Tendenz der Verringerung des Anteils von Löhnen und Gehältern ist demzufolge auch während der Regierung Lula nicht aufgehoben worden. Der Anteil dieser Einkünfte hat sich von 60% im Jahre 1990 auf 40% im Jahre 2005 verringert.<sup>19</sup>
- b. Bei einem Vergleich der in den Programmen „Fome Zero“ und „Bolsa Família“ investierten 11 Mrd. Reais (ca. 3,5 Mrd. US\$) mit den Gewinnen aus dem Verkauf der Schuldtitel öffentlicher Schulden, die ihren Inhabern 160 Mrd. Reais (ca. 55 Mrd. US\$) einbrachten, wird deutlich, dass die Reichen reicher und die Armen geringfügig beteiligt wurden.
- c. Signifikant ist der Anteil des Landwirtschaftssektor am BSP, der das sog. Agrobusiness repräsentiert. Er erwirtschaftete von Januar bis April 2006 mit 13,3 Mrd. US\$ 33% des BSP (8,2% mehr als 2005) und erzielte 4 Mrd. US\$ Gewinne. Im Verhältnis dazu ist der Anteil der Produktion der

---

<sup>15</sup> ebenda, Juni 2006

<sup>16</sup> nach Entwicklungsminister Furlan „ist die informelle Arbeit das erste Hindernis auf dem Wege zur Erhöhung des BIP:“, aus „Nationale Rat berät Entwicklungsplan“, Carta Maior, 25.8.2006

<sup>17</sup> „Mehr Entwicklung“, Bilanz der Regierung Lula, Juni 2006

<sup>18</sup> nach Angaben der Getúlio-Vargas-Stiftung, Carta Maior, 23.8.2006,.)

<sup>19</sup> Angaben des „Instituts für angewandte wirtschaftliche Forschung“ (IPEA), Carta Maior, 17.7.2006

Familienwirtschaften gesunken, die ca. 60% der Lebensmittelproduktion erzeugen und die mehr und mehr durch den sich ausweitenden Agrobusiness verdrängt werden.<sup>20</sup>

- d. Die für die Agrarreform gesteckten Ziele wurden nicht annähernd erreicht. Noch immer haben 3% Landeigentümer die Verfügung über 56,7% nutzbaren Bodens in ihrer Hand, d.h. dass 300 Latifundisten 4,8 Mio. Familien mit wenig der ohne Land gegenüberstehen. Dieser Sektor schafft auch nicht – wie behauptet – ausreichend Arbeitsplätze, denn 87% arbeiten in Familienbetrieben und nur 2,5% auf den großen Latifundien. Dazu sagen Untersuchungen, dass 62,4% dieser Liegenschaften nicht bewirtschaftet werden, die nach der Verfassung von 1988 enteignet und landlosen Bauern gegen Entschädigung der Eigentümer übergeben werden sollen.<sup>21</sup> Ebenfalls nicht eingehalten wurden die Zusagen zur Ansiedlung von 300.000 landlosen Bauern jährlich. Nach offiziellen Angaben wurde die Ansiedlung von 400.000 (bis Ende 2006)<sup>22</sup> erreicht. Eine wesentliche Ursache dafür war der Widerstand des kapitalistischen Sektors der Landwirtschaft, der im Agrobusiness die erfolgversprechende Variante der Entwicklung der Landwirtschaft sieht.

### **3) Die zweite Regierungsperiode Lulas – Chance zur Durchsetzung eines nationalen Entwicklungsmodells oder Fortsetzung der bisherigen Wirtschafts- und Sozialpolitik**

Die in vier Jahren realisierte Wirtschafts- und Sozialpolitik ist in ihrer Gesamtheit betrachtet eine Politik zwischen Kapitalinteressen und sozialen Erfordernissen. In der brasilianischen Linken herrscht die Meinung vor, dass Lula die Fortsetzung der neoliberalen Wirtschaftspolitik seines Vorgängers betrieben hat. In der Tat überwogen in der Regierung die Wirtschaftsministerien, die für neoliberale Politik einstanden. Nicht nur die Vertreter der Wirtschafts- und Unternehmerverbände sondern auch das internationale Kapital sprachen sich lobend über die Regierung Lula aus. Heftige Kritik löste diese Politik jedoch unter linken Kräften nicht nur Brasiliens sondern auch Lateinamerikas aus. Die PT als Regierungspartei zerfiel in sehr verschiedene Bestandteile. Selbst Gründungsmitglieder der PT traten aus und schlossen sich einer neu entstehenden Partei PSOL an. Gemessen an diesen Ereignissen wurde deutlich, dass die „Linke“ – wie immer sie sich als solche betrachtet – für den Fall einer Regierungsübernahme kein konkretes Programm hatte und dem Druck der Wirtschaftseliten und des internationalen Kapitals ausgesetzt ist, die auch in der Lage sind, ihre Zielstellungen durchzusetzen. Die sozialen Bewegungen und progressiven Kräfte, einschließlich aller linken Kräfte, sind noch nicht in der Lage, sich entscheidend durchzusetzen, obwohl sie über genügend Spielräume verfügen.

Ist die Politik der Regierung Lula als ambivalent anzusehen, bleibt jedoch zu aller erst die Frage, welche neuen Kräfteverhältnisse sich in der brasilianischen Gesellschaft herausgebildet haben. War die Wahl Lulas Ausdruck der Unzufriedenheit breiter Kreise bis hinein in die nationale Bourgeoisie, die wenig Anteil an der neoliberalen Globalisierung hat, so bleibt die Tatsache, dass die breite

---

<sup>20</sup> Presseagentur Brasil de Fato, 7.11.2006

<sup>21</sup> Carta Maior, 16.7.2006

<sup>22</sup> „Mehr Entwicklung“, Bilanz der Regierung Lula, Juni 2006

Masse der Bevölkerung, bes. die ausgegrenzten Schichten, nicht mobilisiert werden konnten und ihre Hoffnungen auf Verbesserungen ihrer sozialen Lage sich stark an der Person des Präsidenten festmachten.

Zweifellos sind die Erfolge der Sozialpolitik der Regierung Lula ein wichtiges Ergebnis. Sie werfen aber die Frage auf, mit welcher politischen Zielstellung sie realisiert wurden. Wenn sie in erster Linie half, ein Einkommen für die bedürftigsten Familien zum Überleben zu garantieren und zusammen mit anderen Projekten wie „Erste Arbeitsstelle“ (Primeiro Emprego), „Bolsa Família“ u.a. eine Verbesserung der sozialen Lage zu erzielen, verwandelte sich „Fome Zero“ in ein assistenzialistisches Programm, das die negativen Folgen makroökonomischer Politik milderte. Mit diesem Projekt wurde nicht erreicht, neue Arbeitsplätze zu schaffen oder gar einen wirtschaftlichen Aufschwung in Gang zu setzen.

Die Ergebnisse der Wahl im Oktober 2006 und der neuerliche Sieg Lulas waren Ausdruck der Bindung der ärmsten Schichten an Lula und ihrer Hoffnung, ein besseres Leben führen zu können. Mehr als sechs Millionen Stimmen von über 50 Millionen wurden für Lula abgegeben, sodass er sich faktisch ein Klientel geschaffen hat, welches ihm die Wiederwahl mit garantieren half.

Erneut erhebt sich in diesen Tagen die Frage nach der zukünftigen Orientierung der zweiten Regierung Lula. Erneut wird die Grundfrage aufgeworfen, welche Kräfte sich in der kommenden Regierung durchsetzen werden. Wenn Lula in seiner ersten Regierungszeit keine weiteren Privatisierungen vorgenommen hat, wird sich die Auseinandersetzung mit seiner zukünftigen Politik unter Umständen auf die Rolle des Staates und seiner Stärkung konzentrieren. Eine breite Mobilisierung der sozialen Bewegungen ist in Vorbereitung, um eine Volksabstimmung über die Re-Verstaatlichung des Unternehmens Rio Vale do Doce zu realisieren. Die sozialen Bewegungen übergaben Lula vor dem zweiten Wahlgang im Oktober 2006 einen Katalog von Forderungen, die ihn verpflichten, die hohen Einnahmen aus dem Export stärker zur Realisierung der sozialen Programme einzusetzen.

Konkret wird gefordert, den primären Haushaltsüberschuss von 4,25% auf 4,1% abzusenken, um Mittel für diese Programme im Haushalt frei zu bekommen. Zur Debatte steht die Durchführung einer neuen Reform der Sozialversicherung, die Lula ablehnt. Gefordert wird das wirtschaftliche Wachstum an die Veränderung der Einkommensverhältnisse zu koppeln und dauerhafte und sichere Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Vom Präsidenten wird erwartet, dass er nicht nur Mittler in den zwangsläufig entstehenden Konflikten ist, sondern sich aktiv als Gestalter der politischen Orientierungen platziert.

Im internationalen und lateinamerikanischen Kontext wird entscheidend sein, wie sich die wirtschaftlichen und die Weltmarktbedingungen weiterhin gestalten. Gelingt es, zwischen den Ländern des Kontinents Fortschritte im Integrationsprozess zu erzielen, wird sich die positive Rolle Brasiliens ausgestalten lassen.

## Venezuela: Staatssozialismus oder neue Formen partizipativer Demokratie?

*Raul Zelik*

Wie der Titel bereits nahe legt wird es darum gehen, Potenziale zu diskutieren. Denn sicherlich treffen beide Stichworte den aktuellen Prozess in Venezuela durchaus, zumindest als Tendenz. Ich möchte einige Stichpunkte nennen, die als Grundlage für die Diskussion des venezolanischen Transformationsprozesses dienen könnten.

Zunächst möchte ich festhalten, dass die Veränderungen in Venezuela in den letzten Jahren nicht in erster Linie mit dem Wahlsieg der Regierung Chávez zu tun haben. Es ist natürlich richtig, dass dieser Wahlsieg 1998 viele Möglichkeiten erst eröffnet hat, aber der politische und soziale Prozess reicht sehr viel weiter zurück. Venezuela galt lange Jahre als das stabilste, aber auch entpolitisierteste, man könnte sagen „politisch apathischste“ Land in Lateinamerika. Venezuela hat in den 80iger Jahren einen rasanten ökonomischen Verelendungsprozess erlebt, der vielfältig mit der Schuldenkrise, dem Zusammenbruch des Erdölpreises und mit dem Problem der Korruption im Inland verbunden war. Dies führte zunächst nicht zu einer politischen Reaktion sondern 1989 zu einem spontanen Volksaufstand der Bevölkerung der Armenviertel. Dieser so genannte „Caracazo“ ist meiner Meinung nach sehr wichtig um zu verstehen, was dort für politische Prozesse ausgelöst worden sind. Der „Caracazo“ ist Ausdruck einer tiefen Repräsentationskrise in Venezuela. Sowohl die traditionellen politischen Parteien als auch die Linksbewegung, die Gewerkschaften und die Intellektuellen konnten die Unzufriedenheit der Bevölkerung nicht artikulieren und kanalisieren. Dies führte dazu, dass sich eine ganz neue Aufstandsbewegung herausbildete. Dazu muss man wissen, dass der Caracazo eine ziemlich unorganisierte Armuts- und Hungerrevolte war, die mit brutalsten Methoden niedergeschlagen wurde und mehrere Tausend Todesopfer forderte.

In der Folge bildeten sich an zwei völlig entgegen gesetzten Stellen der venezolanischen Gesellschaft so etwas wie Aufstandskerne heraus. Zum einen nahe liegender Weise in den Armenvierteln, in denen die Forderung nach Aufklärung der Massaker lauter wurde. Diese wurde häufig von neu gegründeten Nachbarschaftsinitiativen erhoben die erkannt hatten, dass nur sie selbst ihre Interessen noch vertreten konnten.

Zum anderen war an einem ganz anderen Pol der venezolanischen Gesellschaft die Unzufriedenheit stark angewachsen, nämlich in der Armee und der Polizei. Wie in anderen Ländern Lateinamerikas gab es auch vorher schon linke Strömungen unter den venezolanischen Militärs. Diese wurden nach 1989 deutlich stärker. Teile der Armee wollten nicht mehr länger auf die eigene Bevölkerung schießen. Ich glaube, dass es diese Verbindung von zwei Aufstandsprozessen gewesen ist, die das Phänomen Chávez überhaupt möglich gemacht hat. Die zentrale Rolle und große Leistung seiner Person möchte ich nicht bestreiten, aber man muss auch sagen, dass der Erfolg auf einem sozialen Prozess basierte.

Ich möchte nun einen Sprung machen und fragen: „Was ist nach der Regierungsübernahme von Chávez passiert?“ Als erstes möchte ich sehr positiv festhalten, dass die Regierung Chávez - vielleicht im Unterschied zu vielen anderen Regierungen in der Welt - begreift, dass man eine Demokratisierung nicht im

Rahmen der bestehenden Institutionalität durchführen kann. Ich glaube, wir vergessen immer, dass die bürgerliche Demokratie wie wir sie kennen natürlich nach wie vor auch eine Herrschaftseinrichtung ist. Dass heißt, die Demokratisierung erstreckt sich erstmal nur auf einen Teil der Gesellschaft. Ein wesentlicher, oder sogar der entscheidende Teil der Gesellschaft, bleibt völlig ausgeschlossen, nämlich die Ökonomie.

Unternehmen funktionieren nicht nach Stimmen sondern nach Kapitalanteilen. Auf einem Kongress zur Solidarökonomie hat jemand kürzlich zu mir gesagt: „Die kapitalistische Ökonomie gleicht einer Monarchie.“ Insofern muss ein Demokratisierungsanliegen auch diesen Bereich angehen. Hinzu kommt, dass die Institutionalität in den Demokratien, wie wir sie kennen, auch eine Verfestigung von Kräfteverhältnissen ist. Im Falle Venezuela bedeutet dies konkret: eines ausgeprägten Klientelismus verbunden mit extrem korrupten Strukturen. Es war klar, dass ein Reform- oder gar grundlegender Transformationsprozess nur stattfinden konnte, wenn man den Bruch mit diesen Strukturen vollzieht.

Die Regierung Chávez hat dies durch eine neue Verfassung recht erfolgreich gelöst. Obwohl es an dieser Verfassung auch Kritik gegeben hat, sie leiste einer zunehmenden Autoritarisierung Vorschub, halte ich sie auf jeden Fall für eine demokratisierende Verfassung. In ihr sind wichtige partizipatorische Elemente verankert und sie hat insofern sehr viele neue Möglichkeiten eröffnet.

Auch der Prozess, wie die Verfassung zustande gekommen ist hat in der venezolanischen Gesellschaft demokratisierend gewirkt, weil auf breiter Basis darüber diskutiert wurde. Heute ist die Verfassung auch eine Art wichtiges politisches Manifest, gerade für die Leute aus den Armenvierteln.

Interessant ist, dass der 1999 einsetzende Reform- und Transformationsprozess eigentlich erst mit dem Putschversuch 2002 vertieft wird und dass dieser eigentlich sozialdemokratische Reformansätze beinhaltet – sozialdemokratisch im positiven Sinne - die eigentlich den Rahmen des Kapitalismus und der parlamentarischen-bürgerlichen Demokratie keineswegs sprengen. Aber selbst dieser durchaus beschränkte Transformationsprozess musste quasi revolutionär durchgesetzt werden. Auch das ist meiner Ansicht nach eine Lehre, die weit über Venezuela hinausreicht, die auch in Bolivien diskutiert wird, aber auch für Europa interessant ist. Offensichtlich muss man schon für begrenzte Sozialreformen Situationen in Kauf nehmen, die man als Klassenkampfsituationen bezeichnen kann. In Falle Venezuelas muss man dieses altmodische Wort benutzen. Die Mittel- und Oberschicht hatte mobil gemacht um Veränderungsprozesse zu stoppen und zu verhindern. Insofern ist es ein großer Verdienst der Chávez-Regierung gezeigt zu haben, dass Reformen zwar möglich sind, aber dass sie erkämpft werden müssen.

Ein weiterer wichtiger Punkt innerhalb des Transformationsprozesses war die Feststellung, dass man mit dem bestehenden Staat diese Veränderungen nicht umsetzen kann. Als Folge davon begann man mit der Errichtung der so genannten „Missionen“, mit denen man sozusagen einen Bypass legte und an den Ministerien vorbeiregierte. Gerade in der Krisensituationen 2002/2003, als der Staat praktisch nicht mehr funktionierte weil er auch von innen heraus von der Opposition bekämpft wurde, bewährten sich diese besonders und verbanden sich mit Selbstorganisationsprozessen von unten. Weite Teile der verarmten Bevölkerungsschichten, die bis dahin keine Möglichkeiten hatten sich politisch zu artikulieren, konnten sich an dieser Form der Ko-Regierung mit

staatlichen Stellen aktiv beteiligen. Zum Teil haben sie sogar Gelder bekommen nicht aus dem Finanzministerium, sondern direkt aus der Kasse des staatlichen Erdölkonzerns PDVSA - weil man auf diese Art schneller und flexibler reagieren konnte.

Dieser starke Demokratisierungsimpuls, in dem sich ganz konkrete Formen partizipatorischer Demokratie herausgebildet haben, wurde danach in dem Prozess der Re-Stabilisierung der Chávez-Regierung wieder etwas blockiert. Dies hatte vor allem zwei Gründe:

Zum einen erschwert das Phänomen der extremen Fixierung auf die Person Hugo Chávez oft eine selbstkritische Auseinandersetzung über die Umsetzung von Reformprozessen.

Zum anderen tragen dass die korrupten Strukturen von Parteipolitik und Staat dazu bei, dass sich diese auch in den Regierungsparteien von Links wieder etablieren und verfestigen. Selbstkritisch kann man davon sprechen, dass sich im Moment auch wieder neue politische und zum Teil auch ökonomische Eliten herausbilden.

Dieses Problem lässt sich natürlich nicht dadurch lösen, dass man die betreffenden Staatsbeamten einfach entlässt. Vielmehr ist dieses Problem eng verbunden mit dem Wesen von Staatlichkeit an sich. Nur das Weiterführen eines radikalen Demokratisierungsprozesses von unten würde dies tatsächlich auflösen. An dieser Stelle muss jedoch eingestanden werden, dass man nicht genau vorhersagen kann, wohin dies führen würde. Das Ergebnis wäre eine neue Form von Demokratie. Deshalb ist Venezuela so leicht zu kritisieren - weil es sich sozusagen auf völlig neuem Terrain bewegt, das sollte man nicht vergessen!

Ein wichtiger Punkt ist sicher auch die ökonomische Struktur Venezuelas. Venezuela hat die letzten Jahrzehnte immer unter so genannten „Holländischen Krankheit“ gelitten, d.h. der hohe Erdölpreis führte im Vergleich zum Dollar zur Verteuerung der einheimischen Währung. Daraus resultierte, dass importierte Produkte meist billiger waren als inländische. Das hat dazu geführt, dass die einheimische Ökonomie praktisch keine Produktivität besitzt. Selbst im Agrarsektor wurden trotz der Fruchtbarkeit des Landes teilweise bis zu 60 Prozent der Produkte importiert. Dieses Problem ist zwar schon lange Zeit bekannt, aber bisher nicht gelöst. Auch die jetzige Politik fördert wieder eine Fixierung auf staatliche Fördergelder.

Man versucht zwar, produktive Kooperativen aufzubauen, die allermeisten von den neuen Genossenschaften funktionieren im Moment aber nur, weil sie erhebliche Subventionen bekommen und so wiederum eine etatistische Struktur festigen. Häufig gehen die Initiativen der Regierung Chávez, die Bevölkerung politisch zu mobilisieren und zur Teilnahme an den verschiedenen Missionen zu bewegen auf Kosten des qualitativen Wachstums. Ein konkretes Beispiel: Die rein zahlenmäßige Zunahme von Genossenschaften wird derzeit als Erfolg verkauft, ohne auf die qualitativen Fortschritte zu achten die verbunden wären mit Organisationsprozessen von unten. Diese wären aber notwendig, damit die Genossenschaften sich in Zukunft selbst tragen können.

Trotzdem finde ich wichtig festzuhalten, dass die Regierung Chávez einen Demokratisierungsprozess in der venezolanischen Gesellschaft möglich gemacht hat. Dieser hat in ganz Lateinamerika neue Spielräume eröffnet, einfach deswegen weil er aufgezeigt hat, eine eigenständige Politik in Lateinamerika möglich ist. Was wir in momentan in Bolivien, Ecuador oder auch Argentinien beobachten ist auch deshalb möglich, weil sich die Chávez-Regierung sehr stark exponiert und dabei auch sehr viel riskiert hat.

Ein letztes Wort, ich wurde gebeten etwas zu den anstehenden Wahlen zu sagen:

Es ist ziemlich klar, dass die anstehenden Wahlen von Hugo Chávez gewonnen werden, wobei die angepeilten 10 Millionen Stimmen wohl deutlich nicht erreicht werden dürften. Trotzdem wird es wohl ein deutlicher Wahlsieg werden. Für viel entscheidender als die Frage wie die Präsidentschaftswahlen genau ausgehen werden halte ich die Frage, ob es gelingt die partizipatorischen Räume in Venezuela weiter zu entwickeln und ob es tatsächlich dazu kommt, dass Formen der Ko-Regierung von unten vom Staat auch finanziell und organisatorisch unterstützt werden. Ein konkretes Beispiel, dass dies funktionieren kann ist momentan die Landreformbehörde. Der Agrarreformminister muss sich oft von den Kleinbauernbewegungen heftigste Vorwürfe anhören und steht dies mit einer großen Geduld durch. Die Leute in dem Ministerium haben verstanden, dass es der Selbstorganisationsprozess von unten ist, der die Veränderungen voran bringt und dass es dazugehört, dass die Betroffenen fordernd auf das Ministerium zugehen. Das ähnelt sehr dem Prozess, über den Adelar vorhin aus Brasilien berichtete.

Auch in Venezuela geht es darum, dass die Bevölkerung gegenüber dem Staat in Verhandlungen tritt und Dinge kämpferisch durchsetzt, obwohl sie weiß, dass in dieser Regierung viele Leute ein offenes Ohr für sie haben.

## Coca-Politik zwischen Bauerninteressen und US-Drogenpolitik

*Silvia Natalia Rivera Cuscanqui*

Unsere Haltung gegenüber dem jetzigen Staat ist neu. Ich komme aus der Zivilgesellschaft, vom Kampf der Indigenen, vom Straßenkampf und von einem Jahrhunderte langen Kampf gegen den Staat. Die indigenen Gemeinschaften in Bolivien haben seit der Ankunft der Spanier lange Kämpfe gegen den Staat geführt und es gab viele Charakteristika der Indianer, die die so Welt nicht kennt. Ein Charakteristikum ist, dass die Indigenen mit dem Markt gekämpft haben und nicht gegen den Markt. Sie haben aus dem Markt eine Kampfarena gemacht. Eben im Markt war ein Raum, wo die Gemeinschaften nicht zerstört wurden, sondern wo sie sich erneut artikulieren konnten, ihre eigenen Strukturen schaffen konnten und diese Strukturen mit der Welt verbinden konnten. Das heißt also, bereits im 18. Jahrhundert war ein Charakteristikum der Mobilisierung der Indigenen der Kampf gegen das spanische Marktmonopol. So war es der Fall im Indianeraufstand im Jahr 1771 und Ähnliches geschah im Jahr 2001. Es ging um einen Kampf, bei dem das Monopol der Spanier über den Kokamarkt gebrochen werden sollte.

Es ist demnach erforderlich, eine langfristige Sicht zu haben, um die Besonderheiten der indigenen Bewegung in Bolivien und insbesondere der Kokabewegung zu verstehen. Die Kokabewegung – die Bewegung, aus der Evo Morales stammt – hat eine Besonderheit: Sie ist die Erbin eines Jahrhunderte langen Kampfes. Zu nennen ist hier der Katarismus, der sich auf Tupac Katari beruft. Tupac Katari war ein Indianerkämpfer im 18. Jahrhundert, welcher im Denken dieser Gemeinschaft immer noch sehr stark verwurzelt ist und eine große Symbolkraft besitzt. Der Katarismus ist einer der brilliantesten Augenblicke der Sozialkämpfe gewesen. Das möchte ich hier hervorheben. Er hat sich dabei gegen beide Linke gestellt. Es gab eine Linke, die von einer europäisierten Mittelschicht, einer verwestlichten Mittelschicht vertreten wurde, die im Wesentlichen im Norden angesiedelt war. Sie war mehr marxistisch ausgerichtet und konnte sich nie in die Denkweise der indigenen Bevölkerung einfinden.

Für uns ist es jedoch sehr wichtig, unsere eigenen Denkkategorien zu entwickeln. Ein Gedanke, der die indigene Bewegung Boliviens von der Linken unterscheidet, ist der Zeitbegriff. Wir müssen gleichzeitig nach vorn und nach hinten schauen, um gut durch die Gegenwart zu kommen. Das ist eine etwas literarische Übersetzung. Die Vergangenheit ist also nicht gestorben, die Vergangenheit ist etwas Lebendiges. Sie ist etwas für die Zukunft, damit wir durch die Gegenwart kommen. Wir teilen die Vergangenheit also auch jetzt in der Gegenwart, wie es Walther Benjamin und Ernst Bloch beschrieben haben. Dieser Gedanke der Verbundenheit zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart ist von der Linken nicht gut gehandhabt worden. Es herrschte mehr ein lineares Denken vor. So sagte man: „Wir werden einen Klassenkampf führen und kommen direkt zum Endziel“. Wir sind der Meinung, dass dieser Gedanke nicht durch die indigene Bewegungen in Bolivien und auch in vielen anderen Ländern, zumindest in Lateinamerika, nicht geteilt wird. Die Originalität der bolivianischen, indigenen Bevölkerung besteht darin, dass sie es vermocht hat, den ethnischen Kampf mit dem sozialen Klassenkampf und auch mit dem anti-imperialistischen, nationalen Kampf zu verbinden. Das ist das Erbe der Bewegung

und ihr Beitrag zum Sozialismus von Evo Morales. Daraus entstammt er, das waren seine Vorgänger.

Dieser Sozialismus entstand nicht aus dem Nichts, sondern er ist das Resultat eines Prozesses der Reorganisierung, der brutalen Umgestaltung der Gesellschaft, der praktischen Beseitigung der Bauernwirtschaft, der Beseitigung der indigenen Form die Welt zu sehen und in der Welt zu handeln. Das war die Drohung, die am Anfang im Raum stand und die dann Ausdruck fand im Gesetz zur Strukturanpassung. Durch dieses Gesetz sind wir jetzt der Welt der Globalisierung ausgesetzt. Jeffrey Sachs war einer der Berater der früheren Regierung, die diese Maßnahmen ergriffen hat. Jeffrey Sachs hat im Wesentlichen Folgendes getan: Er hat die Liquidierung der staatlichen Wirtschaft angeraten. Er hat mehr als 60.000 Menschen auf die Straße gesetzt. Meistens waren diese Personen in den Bergbaugenden und in den großen Städten ansässig. Wenn wir also von La Paz, Oruro und Potosi sprechen, dann reden wir dort von indigenen Arbeitskräften.

Im Jahr 2001 ist eine Bevölkerungszählung durchgeführt wurden. Dabei wurde festgestellt, dass 72% der Bolivianer sich als Indigene identifizieren. Das gibt uns ein Bild von der Besonderheit in Bolivien im Unterschied zu anderen Ländern Lateinamerikas. Wenn man in Bolivien von Indigenen spricht, dann spricht man von der Mehrheit und nicht von Minderheiten. Die gesamte Politik des offiziellen Multikulturalismus geht von den Indigenen als Minderheit aus und nicht als Mehrheit. Die Besonderheit bei uns ist aber, dass wir eine indigene kulturelle Gesellschaft haben. Wir haben Verbindungen zu anderen Schichten und wir haben die Plattform für den Klassenkampf, für den Nationenkampf und für den Kampf als ethnische Gemeinschaft. Das sind die drei Ebenen. Wenn man diese zusammenführt, dann entsteht ein großes Potential, um die Hegemonie zu übernehmen. Wir identifizieren uns als Indigene. Die Tatsache, dass Evo Morales der Präsident ist, das ist nichts Neues. Es hätte schon vor Jahrzehnten eintreten sollen. In einem Land, in dem die Indigenen die Mehrheit bilden, sollte es vollkommen normal sein, dass es einen indigenen Präsidenten gibt.

Warum ist das aber vor Jahrzehnten nicht eingetreten? Weil die Feinde dieses Prozesses, die ihre äußeren Interessen mit den inneren Interessen verbinden, sehr mächtig waren. Da ist auf der einen Seite die Verteufelung des Kokablattes. Koka wird als Droge gesehen und wird als Gefahr verschrien. In den USA wird das Thema Koka unter sozialer Pathologie abgehandelt. Das heißt, wir, die jeden Tag Koka konsumieren, sind in den Augen der USA Kranke. Das führt zu einer Verteufelung der Produzenten, zu einem sehr starken Propagandakampf. Ich habe über dieses Thema ein Buch geschrieben. Es ist ein Kampf, in dem nach und nach die Würde des Kokakonsumenten verloren geht. Das Kokakauen ist eine Gewohnheit, die wir seit Jahrhunderten haben. Wir wissen, dass dadurch auch eine Reihe von Ernährungsmängeln ausgeglichen, Osteoporose und Diabetes verhindert werden. Heute weiß man, welchen Nährwert Koka hat. Statt Koka sollen wir nun Kaffee trinken. Kokablätter haben aber in etwa die gleiche Wirkung wie Kaffee, sie sind nur etwas besser für das Verdauungssystem. Die Legitimität der Stärke der indigenen Bewegung beruht auch auf der Universalität des Kokakonsums in Bolivien. Die Tatsache, dass massiv für Evo Morales gestimmt wurde, ist der Tatsache geschuldet, dass sowohl die Produzenten als auch die Konsumenten der Kokablätter für ihn gestimmt haben.

Wir haben eine vielfältige moderne indigene Identität. Dagegen haben wir eine Sekte der Oligarchie, die archaisch ist, die nicht modern ist. Die Modernität muss etwas Organisches, etwas Gelebtes sein. Es geht um die Achtung gegenüber den Anderen, um die Bildung des Individuums. Es geht darum, dass man nicht Verhältnisse der Knechtschaft, der Abhängigkeit zulässt. Die Oligarchen in Bolivien haben zwei, drei, vier angestellte Diener in ihren Haushalten. Sie halten sich für modern, weil sie Nahrung bei McDonalds konsumieren. Sie glauben, dass sie durch den Konsum modern werden. Sie produzieren aber nichts Modernes. Sie produzieren unter archaischen Verhältnissen, in einigen Fällen sogar unter feudalen Verhältnissen, unter Formen, in denen der Lohn eine leichte Form der Sklaverei und der Abhängigkeit ist. Das ist die Gruppe, die heute in Bolivien einen großen Skandal inszeniert, weil es in der verfassungsgebenden Versammlung eine indigene Mehrheit gibt. Weil es in den öffentlichen Versammlungen eine indigenen Mehrheit gibt. Sie skandalisieren das alles. Sie veranstalten Skandale, weil es in den Büros und in den Botschaften überall Vertreter der indigenen Bevölkerung gibt. Ja, was haben sie denn erwartet? Was soll es denn in einer Regierung geben, wie in Bolivien? Wir sollten stolz und glücklich darauf sein, dass wir Vertreter haben, die wirklich aus der Mehrheit unseres Volkes stammen.

Es ist aber auch eine Tatsache, dass wir sehr große, sehr starke Feinde gegen diesen Prozess insbesondere in den USA haben. In den ganzen Jahren der neoliberalen Reform ist ein System der Durchdringung im Staat geschaffen worden. Der Staat ist schon zu einer Art Wurmfortsatz, zu einer Art Blinddarm der äußeren Mächte geworden. Gegenwärtig haben wir in Bolivien einen Staat, der in seinen ganzen Strukturen durchdrungen ist. Nicht nur die USA, jedes Land aus dem Norden hat seine Parzelle in unserem Staat. Auch die GTZ hat ihre eigene Parzelle, ihr eigenes Anwesen im bolivianischen Staat. Die GTZ, die holländische Kooperation und die ganzen Kooperationsformen, die es da gibt. Nicht einmal wir wissen, wie wir uns entwickeln sollen, die wissen aber, wie wir uns zu entwickeln haben. Das ist das Problem. Was die einen sagen, dass wird von den anderen geleugnet oder abgelehnt. Da gibt es also eine Parzellierung in unserem Staat. Das ist eine Pattsituation: Wir haben das Welternährungsprogramm, davon bekommen wir genetisch veränderten Weizen. Die GTZ will jedoch wieder andere Programme unterstützen. Dann gibt es wieder andere, die wollen die Souveränität auf dem Nahrungsmittelsektor stärken. Sie kommen also selber nicht zu Tisch. Das ist wirklich ein sehr ernstes Problem, wenn wir in diesem Prozess voranschreiten wollen.

Wir haben zudem eine große Bürokratie im Mittelstand. Eine sehr technisierte Bürokratie, die das Know-how darüber besitzt, wie man Geld macht, wie man Regeln festlegt und wie man Papiere abfasst. Die ganze neue Schicht, die wir jetzt haben, die indigenen Leute, die Vizeminister wie zum Beispiel die Ministerin für Justiz – das ist eine Frau, die war früher eine Hausangestellte – hat keine Ahnung von Gesetzen. Die Justizministerin hat gesagt: „Ich habe keine Ahnung von Gesetzen, aber ich habe Ahnung von Justiz, von Gerechtigkeit“. Das ist die Stärke dieser Identität, dieser Originalität unserer Vision, die von der Basis ausgeht. Diese trifft dann auf eine Bürokratie, die alles besser weiß und die alles managt. Sie dient sich den Mächtigen an, sie senkt etwas den Kopf und dient sich der herrschenden Klasse an. Sie schafft uns heute schon Schwierigkeiten bei den öffentlichen Ausgaben. Diese Bürokratie sagt, die Agrarreform von Evo Morales ist eine Liquidierung, eine Verschleuderung

der Mittel. Das ist aber nicht richtig, denn es gibt eine Abtrennung zwischen dem Privaten und dem Gemeinschaftlichen. Die Gemeinschaft ist die Hauptkraft unseres bolivianischen Prozesses.

Zum Abschluss möchte ich noch sagen, dass die Möglichkeit einer bolivianischen Alternative auch die Möglichkeit einer weltweiten Alternative ist. Wir glauben, dass der Staatssozialismus des starken Staates einer führenden Partei nicht die Lösung ist. Wir glauben auch nicht, dass der wilde Kapitalismus die Lösung ist. Demzufolge glauben wir, dass die gemeinschaftlichen Strukturen, die lebendigen oder wiederbelebten Strukturen der Gemeinschaft, dass das, was wir als Kokabauern vortragen und was die indigene Bewegung in Bolivien vorschlägt, ein sehr interessanter Ausweg für die gesamte Menschheit sein kann.

Recht herzlichen Dank.

## Ein Jahr Regierung Morales: Konflikte um Verfassung, Autonomie und Regierungsführung

*Juliana Ströbele-Gregor*

Bolivien ist derzeit ein gesellschaftlich und politisch tief gespaltenes Land. Die sich seit dem Jahr 2000 verschärfenden gesellschaftlichen Konflikte, zu denen die wirtschaftliche Unzufriedenheit als Folge einer neoliberalen Wirtschaftspolitik erheblich beigetragen hat, kumulierte bekannter Weise in dem Aufstand vom Oktober 2003, in dessen Folge der damalige Präsident aus dem Land gejagt wurde. Der Wahlsieg von Evo Morales im Dezember 2005 war Ausdruck dieser Polarisierung und zugleich auch der erfolgreiche Machtanspruch jener, die bis dahin faktisch von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen waren. Diese waren die Mehrheit der Gesellschaft, sprich die Landbevölkerung, ArbeiterInnen, Menschen in ungesicherten und prekären Arbeitsverhältnissen, ganz überwiegend die indigene und indigen-mestizische Bevölkerung. Deren politische Repräsentanz war nun ein historisch längst überfälliger Schritt hin zu einer Demokratisierung und Neuordnung der Gesellschaft.

Ein kleiner Rückblick: Dem langjährigen Vorsitzender des Verbandes der Kokaproduzenten und Aymara Evo Morales und seiner Partei MAS (Bewegung zum Sozialismus) gelangte mit 54 Prozent ein mehr als fulminanter Wahlsieg. Er markierte den Beginn eines neuen historischen Abschnitts in Bolivien, nicht nur weil nun erstmals ein Indígena zum Präsidenten gewählt wurde, sondern auch weil er und seine Partei die so genannte „Neugründung Boliviens“ versprochen hatten, in der sie die Bedürfnisse und Vorstellungen der indigenen Mehrheiten des Landes endlich maßgeblich berücksichtigen wollten. Damit nahm die MAS Forderungen auf, die indigene Organisationen des Tieflandes bereits 1990 gestellt hatten und die nun immer mehr Anhänger fanden. Die Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung sollte gewährleisten, dass die angestrebte Neuordnung unter Beteiligung aller stattfinden sollte. Diese damalige Forderung der Indígenas war verbunden mit der Kritik an den Altparteien, denen sie die Repräsentativität für die Interessen und Mehrheiten der Bevölkerung absprachen und eine Kultur der Korruption und Partikularinteressen vorwarfen. Evo Morales und die MAS waren dazu als Gegenmodell und als neue Hoffnungsträger angetreten. Die MAS – Silvia Riveira sagte es schon – ist eine Kombination von zwei Strömungen: zum einen von sozialistischen Positionen, die vor allem von ehemaligen kommunistischen und trotzkistischen Gewerkschaften und Bergarbeitern stammen, die in die Kokaregionen abgewandert waren und zum anderen von später hinzugenommenen indianistischen Positionen, die zunächst in der MAS nicht sehr vertreten waren.

Von den zahlreichen zentralen Wahlversprechen will ich einige nennen, die nun ganz besonders im Vordergrund stehen. An erster Stelle steht natürlich die administrative politische und ökonomische Neuordnung des Landes unter starker Betonung partizipativer Elemente und der Basisstrukturen im Rahmen der verfassungsgebenden Nationalversammlung. Zweitens die Re-Nationalisierung des Erdgas- und Erdölsektors und damit verbunden eine Erhöhung der Abgabe der Konzessionäre an den Staat. Das bedeutet die Kündigung oder Neuverhandlung der Verträge der beteiligten internationalen Unternehmen.

Weiter wären zu nennen die Legalisierung des Kokaanbaus, die Reform des Bodenrechts zugunsten von Campesinos, indigenen Gemeinschaften und

Landarmen, die Bekämpfung von Korruption und Nepotismus und den entsprechenden zum Teil mafiösen Strukturen des Landes und die Durchsetzung eines nicht-liberalen Wirtschaftsmodells.

Ich möchte nicht zu allen Punkten etwas sagen, dazu ist die Zeit auch viel zu knapp, sondern mich beschränken auf die verfassungsgebende Versammlung und die Autonomie.

Das Zusammenkommen der verfassungsgebenden Versammlung war geplant für Juli 2006 und erforderte ein entsprechendes Gesetz. Da die MAS aber im neu gewählten Parlament nicht über die notwendige zwei Drittel Mehrheit verfügte, war ein Konsens mit den Oppositionsparteien notwendig. Dabei mussten beide Seiten von ihren Maximalforderungen abrücken. Die Einigung beinhaltete einen sehr komplizierten Wahlmodus für die Mitglieder der Nationalversammlung, der faktisch den politischen Parteien Vorschub gewährte. Konsequenz daraus war, dass die meisten Basis- und Indigenaorganisationen sich einer Partei anschließen mussten. Auswirkung dessen ist, dass die Parteivorstände und vor allem auch die jetzige Exekutive - oftmals in Gestalt des Vizepräsidenten Alvaro García Linera - ganz offen die politische Linie und Entscheidungen vorgeben. Von einer unabhängigen Meinungsbildung also kann in der Nationalversammlung kaum eine Rede sein, stattdessen wird diese von Parteiinteressen und Parteienstreit dominiert. Seit ihrer ersten Zusammenkunft am 6. August 2006 beschäftigt sie sich mit der Festlegung ihrer Reglements. Dies sind schlechte Aussichten für das Einhalten des gesetzlichen Zeitrahmens der besagt, dass innerhalb eines Jahres ein Verfassungsentwurf zur Volksabstimmung vorgelegt werden muss. Die MAS drohte bereits einen eigenen Entwurf an für den Fall, dass der Entwurf der verfassungsgebenden Nationalversammlung „nicht den Erwartungen des Volkes entspreche“. Auch dies ist nicht unbedingt Ausdruck des Respekts vor einer unabhängigen Nationalversammlung.

In der öffentlichen Debatte rufen das mühselige Prozedere und die konfliktreichen Auseinandersetzungen in der Nationalversammlung, die teilweise sogar gewaltsam ausgetragen werden, Kritik und auch Enttäuschung hervor. Positiv ist jedoch eine bisher nie da gewesene breite Debatte über Inhalte und Bedeutung einer neuen Verfassung und Neuordnung des Landes. Diese Debatte hat unter Spezialisten und vor allem indigenen Organisationen bereits in den Neunziger Jahren begonnen, wird aber spätestens seit dem Aufstand 2003 von Basisgruppen im ganzen Land allgemein diskutiert. Hierzu leisten übrigens die viel kritisierten NGOs und auch die internationale Entwicklungszusammenarbeit heftig Beitrag in Form von Fortbildungsangeboten, in denen über Gesetze, Entwürfe usw. gesprochen wird.

Eng verbunden mit dieser Auseinandersetzung war schon unter der Regierung Mesa die Frage von Autonomien. Die erdgas- und erdölreichen Departements Santa Cruz im Osten des Landes und Tarija im Süden hatten die Zustimmung zur verfassungsgebenden Versammlung von der Durchführung einer Volksbefragung über departementale Autonomien abhängig gemacht. Da die MAS nicht über die notwendige Mehrheit im Parlament verfügte, mussten sie dieser Forderung nachgeben. Die europäischstämmigen Oligarchien im Tiefland waren nicht bereit, eine Neuordnung der Erdgaseinnahmen zu akzeptieren und forderten Autonomie. In teilweise rassistischen Diskursen lehnten sie ab, ihre Einnahmen mit den armen Hochlanddepartements La Paz, Oruro und Potosí zu teilen. Das Abstimmungsergebnis des Autonomiereferendums ergab, dass vier Departements für die Autonomie stimmten (die zwei erdgasreichen Regionen und ihnen angeschlossen der Norden Amazonien, Pando und Beni mit großen

Latifundienbesitzen), dagegen sprach sich die Mehrheit von fünf Departements aus. Die ungenaue Formulierung des Referendums gibt nun erneut Anlass zum Streit. Die Departements, die zugestimmt hatten, verlangen die Anerkennung ihrer Autonomie während die Regierung das Mehrheitsvotum von fünf Nein-Stimmen als Ablehnung auslegt. Hinzu kommt, dass ja in der neuen Verfassung die Form der administrativen Neugliederung des Staatswesens festgelegt werden soll. Hierzu gibt es auch wiederum zahlreiche Entwürfe. Ein Entwurf der MAS sieht sogar die Aufhebung aller Departements vor und will eine weitgehende Dezentralisierung durchsetzen. Neu geschaffen werden sollen aber auch hier Regionen als eine Ebene und als nächste Ebene die der Dorfgemeinschaften (Comunidades). Es liegen auch noch weitere Entwürfe vor, die diskutiert werden. Die Interpretation der autonomiewilligen Departements sind Ausdruck der tiefen Kluft zwischen den reichen Tieflanddepartements sowie der Wirtschaftsmetropole Santa Cruz und den ärmeren Hochlanddepartements, wo die indigene Bevölkerung besonders stark konzentriert ist. In ihren politischen Diskursen berufen sich die Oligarchien des Tieflandes auf ihre Wirtschaftskraft und untermauern dies oft mit rassistischen Positionen, besonders lautstark ist hier z.B. das einflussreiche Bürgerkomitee von Santa Cruz. Rassistische Töne hört man aber auch in indianistischen Diskursen, die im Hochland nicht nur von der MAS, sondern auch von anderen Organisationen geführt werden. Dies ist sicherlich eine Reaktion auf die Geschichte der Unterdrückung und das heutige Auftreten der Tieflandorganisationen, aber auch ein weiteres Beispiel der Polarisierung.

Ein weiterer Punkt der 2003 zum Sturz der Regierung Lozada führte, war die Frage des Umgangs mit dem Erdöl- und Erdgassektor. Wie angekündigt, hatte die Regierung Morales die Gasproduktion verstaatlicht. Das ist nicht zu verwechseln mit einer Verstaatlichung der Unternehmen. Die hiesige Presse hatte dies häufig falsch berichtet. Die Regierung Morales kündigte ihr Interesse an der Neuverhandlung der Verträge mit den internationalen Konzernen auf der Grundlage der Audit-Berichte an, die bis zum 31. Oktober 2006 einzureichen waren. Die größten Unternehmensgruppen, deren Bereitschaft zu Neuverhandlung von bolivianischer Seite sehr erhofft wurde, waren die brasilianische Petrobras, die spanische Repsol und Argentinien. Während die Verhandlungen mit Argentinien Anfang Oktober zu einem für beide Seiten befriedigenden Ausgang kamen, war bis in die letzten Oktobertage unklar, ob sich die anderen dem Beispiel Argentiniens anschließen würden. Am 29. Oktober stand schließlich fest, dass es tatsächlich zu einer gütlichen Einigung gekommen war und das Staunen und die Begeisterung in Bolivien waren groß, ebenso das Lob für Evo Morales Verhandlungsgeschick.

Neu an dem Re-Nationalisierungsdekret ist, dass der Staat mit der vollständigen Kontrolle über die Gas- und Erdölvorkommen die Verantwortung für die Kommerzialisierung und industrielle Weiterverarbeitung übernommen hat. Dafür zuständig ist der Staatsbetrieb YPFB. Die bisher tätigen Unternehmen haben ihre Gasproduktion an diese Institution zu übertragen. Die Erdgasfirmen müssen Teile ihrer Aktien an das Staatsunternehmen abgeben, damit dieses jeweils über 50 Prozent der Eigentumsanteile besitzt. Der neue Status der ausländischen Unternehmen ist der eines Dienstleisters, der zu einem staatlich festgesetzten Entgelt arbeitet. Verständlicherweise stieß das Gesetz auf Unzufriedenheiten bei den Erdgas- und Erdölfirmen, die einer Enteignung ihrer Aktien und dem Aufzwingen der Teilhabe per Dekret ohne Entschädigung zunächst ablehnend gegenüber standen. Doch kurz vor Ende der Verhandlungsfrist kam es zu einer weit reichenden Einigung mit sämtlichen Konsortien und sehr detailreichen und langfristigen Einzelregelungen.

Wie viel der Staat nach den neuen Verträgen von den Gewinnen aus den Gasfeldern erhält, bleibt bisher unklar. Zum Teil war von 82 Prozent die Rede, teilweise auch von 70 Prozent, insgesamt werden die Einnahmen aber wesentlich höher sein als bisher, soviel steht fest. Die Firmen müssen von ihrem Anteil an der Produktion die Investitionskosten mit finanzieren. Die Regierung rechnet bei gleich bleibenden Weltmarktpreisen für 2007 mit Einnahmen von über 500 Millionen Dollar im Erdgassektor. Bereits 2005 haben die hohen Gaspreise über 400 Millionen Dollar in die Staatskasse gespült. Das Parlament hat dem Verhandlungsergebnis bereits zugestimmt und die Regierung versprach im Rahmen ihres Transparenzversprechens die Verträge der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und ins Internet zu stellen.

Bei aller Freude über die Abschlüsse gibt es in der bolivianischen Öffentlichkeit allerdings auch Kritik an der Rentiersmentalität der Regierung. Es mangelt an konkreten Vorhaben zu Investitionen in verarbeitende Industrien, stattdessen verteilt der Präsident an die verschiedenen sozialen Sektoren und Basisgruppen einen Teil des neuen Reichtums und macht finanzielle Versprechungen. Eine nachhaltige Verwendung der neu zu erwartenden Einnahmen wäre hier von Nöten.

Ein weiterer Punkt den ich noch ansprechen will ist das Bodenrecht und der Landkonflikt. Alle, die von Ihnen heute die Zeitung gelesen haben, haben von dem positiven Ausgang dieser höchst brisanten Frage erfahren. Der Regierungsentwurf zur Reform des Bodengesetzes war bei den mächtigen Großgrundbesitzern natürlich auf Ablehnung gestoßen. Er sah eine Erleichterung der Enteignung von nicht-produktivem Land vor. Die Kleinbauern, Indigenas und die Landarmen haben einen großen Druck in dieser Frage ausgeübt. Die Indigenas des Tieflandes ohne eigenes Territorium fordern Landtitel, ethnische Gruppen mit kollektiven Landtiteln Schutz vor dem Vordringen von Kolonisten in ihr Territorium. Sie verlangen von der Regierung die Respektierung ihrer Titel so wie der nationalen ökologischen Schutzgebiete. Zur Unterstützung ihrer Forderung waren letzten Monat 2500 Indigenas aus dem Tiefland nach La Paz marschiert und gestern erst hatte auch der Senat dem Gesetz zugestimmt, dem zur Folge nun der Großgrundbesitz seitens des Staates alle zwei Jahre auf produktive Nutzung des Landes überprüft und gegebenenfalls an Kollektive von Kleinbauern und Indigenas verteilt wird. Dies führte zu einer explosiven Situation, weil die Großgrundbesitzer dies nicht anerkennen wollen. Die Indigenas haben gestern in La Paz auf der Strasse gejubelt und gefeiert.

Wenn auch die Zustimmung zu Evo Morales seitens der Indigenas groß ist, gibt es doch eine ganze Menge Kritik an der bis jetzt noch mangelnden Umsetzung konkreter Politik. Erwartet wurden vor allem Arbeitsplätze, Investitionen in öffentliche Infrastruktur und Wirtschaftsförderung. Es ist auch erst ein knappes Jahr vergangen seit dem Amtsantritt Evo Morales, aber hier ist bisher wenig geschehen und Ansätze sind bisher leider nicht so richtig zu erkennen. Aufgrund der fehlenden Arbeitsplätze gibt es einen großen Anstieg an Migrationsbewegungen ärmerer Schichten, die die Botschaften und auch das Migrationsbüro belagern, um Pässe zu erhalten und nach Spanien auszuwandern.

Eine enorme Belastung für die Regierung Morales sind nicht nur die existierenden politischen Strukturen, die von der weißen Mittel- und Oberschicht geprägt sind, sondern eben auch dass es in der MAS, den Gewerkschaften und auch den Basisorganisationen nicht immer sehr demokratisch zugeht. Dort herrscht ein Caudillismo - also die Stärke von charismatischen Führungspersonlichkeiten – der leicht zu autoritären Strukturen neigt. Korruption und Nepotismus sind auch in dieser

Regierung noch weit verbreitet und werden kaum bekämpft. Die Basis praktiziert eine auf Maximalforderungen fixierte politische Kultur, die diese oft auch gewaltsam auf der Straße Eine Kultur des Dialoges im politischen Leben fehlt bisher noch bzw. ist sehr entwicklungsbedürftig.

All diese Probleme lassen sich sicherlich nicht in einem Jahr beheben und in sofern kann man Evo Morales und der MAS nicht vorwerfen, dass hier noch keine so großen Änderungen vollzogen wurden. Man muss sehen, dass dies ein langfristiger und langwieriger Prozess werden wird. Aber er ist längst überfällig. Man kann nur hoffen, dass er erfolgreich zu Ende gehen wird und nicht an einem der zahlreichen Konflikte scheitern wird.

Eine Bemerkung noch zu Chávez, dessen Truppen und Berater ja derzeit sehr präsent sind in Bolivien: Auch das wird vom allgemeinen Publikum nicht sehr begeistert beobachtet. Nicht nur, dass es so viele Militärs gibt und sogar neue Militärbasen gebaut werden, allzumal in Naturschutzgebieten, sondern auch, dass die Sicherheitsleute um Präsident Morales häufig Venezolaner sind. Dies findet auch unter den Indígenas im Sinne der nationalen Identität nicht unbedingt Zustimmung.

# Protokoll der öffentlichen Anhörung der Fraktion DIE LINKE. „Vom Hinterhof zur Alternative? Linke Politik in Lateinamerika“

- Teil 1 -

(Protokolliert ist die Diskussion, nicht die Beiträge)

**Willkommen durch Monika Knoche**  
**Einführung durch Heike Hänsel**

## **Bilanz der Regierungspolitik in Brasilien, Venezuela und Bolivien**

1. Referat Adelar Pizetta: Landlosenbewegung und ihre Beziehungen zur Regierung Lula
2. Referat Achim Wahl: Wirtschaftspolitik der Regierung Lula zwischen Konzern- und Finanzinteressen  
Referat Raul Zelik: Venezuela: Staatssozialismus oder neue Formen partizipativer Demokratie?
3. Referat Silvia Natalia Rivera Cuscanqui: Coca-Politik zwischen Bauerinteressen und US-Drogenpolitik
4. Referat Juliana Ströbele-Gregor: Ein Jahr Regierung Morales: Konflikte um Verfassung, Autonomie und Regierungsführung

## **Diskussion unter Leitung von Monika Knoche**

Ein *Vertreter der brasilianischen Botschaft* will dem Beitrag von Pizetta andere Faktoren hinzufügen. Zunächst betont er, die Regierung Lula sei geprägt durch den Respekt gegenüber dem MST bzw. der Landlosenbewegung, diese habe nach seiner Auffassung die Regierungsarbeit auch befördert. Seines Erachtens wäre es zu einfach, der linken Regierung vorzuwerfen, dass sie Kompromisse mit den Konservativen gemacht habe. Zum Zeitpunkt des Regierungsantritts habe es eine ernsthafte Währungskrise gegeben. Hier mussten wirtschaftliche Maßnahmen ergriffen werden, um diese – mit ihren schweren Konsequenzen – abzuwehren. Denn Brasilien sei gekennzeichnet von einer komplexen Wirtschaftsstruktur mit einem industriellen Sektor, dem die Währungskrise nachhaltig geschadet hätte. Lula musste sich dieser Situation stellen. Der Botschaftsvertreter verweist in diesem Zusammenhang auf die Situation der Linkspartei in Berlin, die ebenfalls unter schwierigen Bedingungen eine Koalition mit den Sozialdemokraten eingegangen ist. Laut einer Studie der SPD (wahrscheinlich FES) gab es in Brasilien unter der Regierung Lula eine Armutsverringerung um 19 % und deutliche Einkommenssteigerungen der unteren sozialen Gruppen. Die Antwort der neuen Regierung auf die Inflation war eben nicht nur ein Kompromiss, sondern der Versuch, einerseits die Kontrolle über die wirtschaftliche Entwicklung zurückzubekommen und andererseits die Auflage neuer (Sozial-) Programme zu ermöglichen.

Ein *Redner aus Kolumbien* kritisiert, dass Kolumbien keinen Platz in dieser Anhörung hat. Dabei wird die Krise in Kolumbien immer größer, im Klassenkampf entscheidet sich, welcher Kurs genommen wird (zitiert wird aus einer Empfehlung der Deutschen Bank, momentan nicht in Kolumbien zu investieren, da es zu unsicher sei).

Ein *Vertreter des Deutschen Friedensrats* betont die Notwendigkeit, in Erinnerung zu halten, dass es keine Selbstverständlichkeit ist, solch eine Anhörung im deutschen

Bundestag zu haben. Auf einer Tagung im Ibero-Amerikanischen Institut 2003 hätte man festgestellt, dass im deutschen Bundestag zu dem Zeitpunkt Konsens in Bezug zu Lateinamerika bestanden habe. Dies, so der Redner, habe sich nachhaltig geändert.

Erwiderung durch *Adelar Pizetta* auf die Einlassung aus der zur brasilianischen Botschaft: Pizetta gesteht ein, die Situation sei viel komplexer, als er es im Vortag hätte darstellen können. Damals gab es eine große Wirtschaftskrise nach 15 Jahren neoliberaler Politik. Insofern unterstützt das MST auch die Regierung, sie akzeptieren aber eben nicht alles. Es braucht sozialen Bewegungsdruck auch auf linke Regierungspolitik.

Pizetta sagt, er komme aus einer anderen Realität und die Zahlen beispielsweise zur Armutsreduktion sagten nicht viel über die reale Armut, die weiterhin ein immenses Ausmaß habe. Die Erwerbslosigkeit sei gestiegen bzw. immer noch enorm hoch. Die Agrarreform habe einen gegenteiligen Effekt, denn die Zahl Räumungen sei noch gestiegen, es habe nicht viel Neuverteilung von Land gegeben und das Versprechen, dass 4 Millionen in vier Jahren Land bekommen sollten, sei nicht eingelöst worden.

*Raul Zelik* betont, linke Kritik an Regierungspolitik sei wichtig und zentral. Denn um Machtverhältnisse und Kräftekonstellationen nachhaltig zu verschieben, was Grundlage von Emanzipation sei, brauche es eine Organisation von unten. Soziale Bewegungen brauchen Positionen der Autonomie und Eigenständigkeit, sonst entstehen Anordnungen, in denen Mitte-Links-Regierungen das durchsetzen können, was rechte Regierungen nie geschafft haben. Es gibt Funktionsweisen von Politik (Regierungs- und sozialer Bewegungspolitik ebenso wie strukturelle politische Verhältnisse), die wichtig sind zu verstehen und zu kritisieren, wenn es um grundsätzlichen Wandel gehen soll.

*Juliana Ströbele-Gregor* argumentiert, ein engagiert kritischer Diskurs /Dialog sei notwendig, um nicht auf linke Regierungen eigene Wünsche zu projizieren.

*Silvia Natalia Rivera Cuscanqui* kritisiert den westlichen Fortschrittsglauben (auch den der westlichen Linken), stellt die Segnungen moderner Entwicklungsstrategien in Frage (am Beispiel des Nutzwertes von Traktoren für die indigene Bevölkerung) und fordert einen Wandel „in euren und in unseren Köpfen“.

*Achim Wahl* argumentiert, sich gegenüber linken Regierungen kritisch zu verhalten sei das eine, ebenso wichtig sei es jedoch, aus Erfahrungen zu lernen (Beispiel Rauswurf des Wasserkonzerns Suez aus Cochabamba). Allerdings müsse sich die Linke geopolitisch positionieren – auch in Bezug auf Brasilien, Venezuela und Bolivien, denn hier haben soziale Bewegungen mehr Spielräume als anderswo. Es sind hier neue Akteure am Werk, die wir bisher mit dem Blick auf Parteien nicht ausreichend bemerkt haben.

*Protokoll: Corinna Genschel und Alexander King, 14.12.2006*

# Schwellenland in einem regionalen Integrationsraum. Brasilien und der Mercosur

*Laurissa Mühlich*

## Schwellenland in einem Integrationsraum

### **Brasilien und der Mercosur**

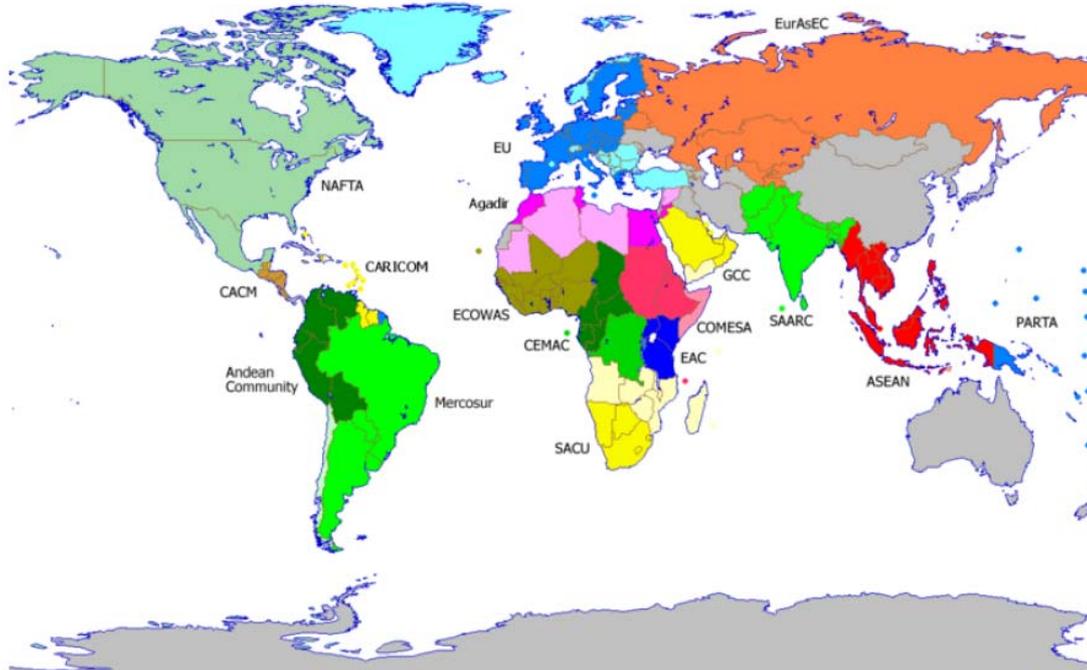
Laurissa Mühlich

Fachbereich Wirtschaftswissenschaft - Lateinamerika-Institut - Freie Universität Berlin

---

1. Regionalisierung und Globalisierung:  
Strategie regionaler Blockbildung in  
Lateinamerika
  - Weltmarktintegration
  - Regionale Integration
2. Regionale Integration im Mercosur:  
Stagnation oder Zukunft im Mercosur?
  - Regionale Integration zwischen Entwicklungs-  
und Schwellenländern
  - Handelsinteressen, Geldpolitik und Politischer  
Anspruch
3. Brasilien und der Mercosur

# Weltmarktintegration: Regionale Handelsintegration

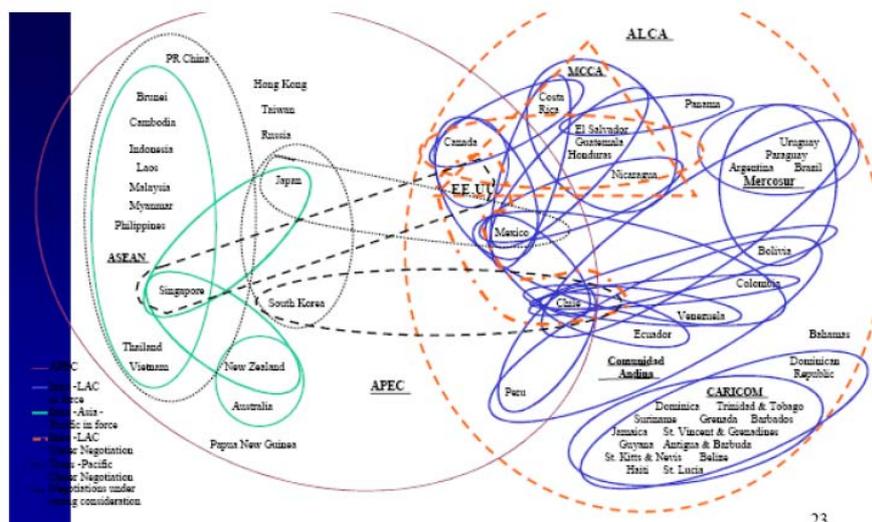


30. November 2006

Öffentliche Anhörung DIE LINKE  
Laurissa Mühlich

3

# Weltmarktintegration: Regionale Handelsintegration



23

Quelle: CEPAL, Oktober 2006

30. November 2006

Öffentliche Anhörung DIE LINKE  
Laurissa Mühlich

4

## 1. Globalisierung und Regionalisierung

### „Globale“ Weltmarktintegration

- **Steigende makroökonomische Vulnerabilität**
  - fehlende globale Leitwährung
  - flexibles Wechselkurssystem
  - freier Kapitalverkehr
- **Hohe Volatilität der Wechselkurse und Kapitalströme**
  - zwischen internationalen Reservewährungen
  - und Entwicklungsländern
- **Entwicklung regionaler Währungsblöcke um Reservewährungen (US Dollar, Euro)**
- **Entwicklung regionaler Handelsblöcke**

30. November 2006

Öffentliche Anhörung DIE LINKE  
Laurissa Mühlich

5

## Steigende makroökonomische Vulnerabilität

### Reduktion der Kapitalverkehrsrestriktionen

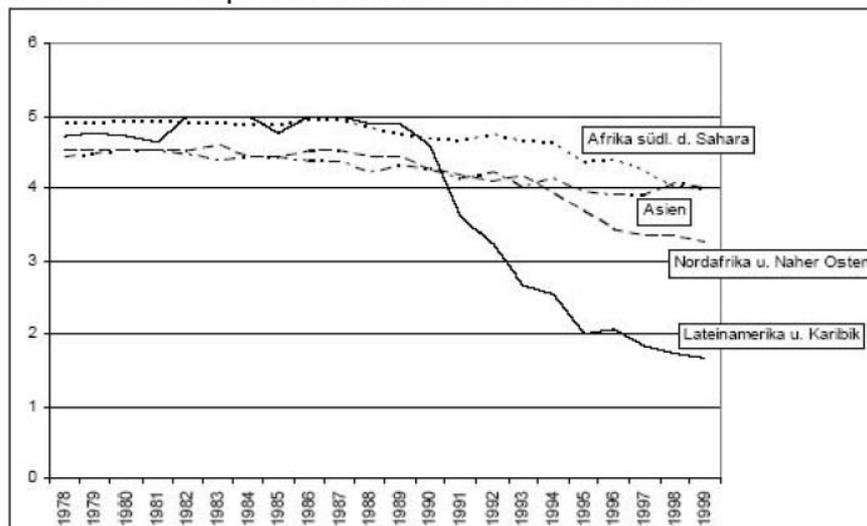


Abb. 4.3: Durchschnittliche Kapitalverkehrsrestriktivität nach Region

Quelle: Martin 2004

30. November 2006

Öffentliche Anhörung DIE LINKE  
Laurissa Mühlich

6

## Steigende makroökonomische Vulnerabilität

### Reduktion der Handelsrestriktionen



Abb. 4.2: Durchschnittliche Außenhandelsrestriktivität nach Region

Quelle: Martin 2004

30. November 2006

Öffentliche Anhörung DIE LINKE  
Laurissa Mühlich

7

## 1. Globalisierung und Regionalisierung

### Strategie regionaler Blockbildung in Lateinamerika

- Politik: regionale politische Souveränität durch regionale Integration ohne Beteiligung der USA
  - Verteidigung „nationaler Souveränität“ in der Region
- Wirtschaft: regionale Handelsintegration unter den Vorzeichen von Fremdwährungsverschuldung
  - Wohlfahrtseffekte von Wechselkursschwankungen
  - Beschränkte Handlungsfähigkeit und Wirkung der Zentralbankpolitik in Liquiditätskrisen

→ *Bi- und Multilaterale regionale Integration als alternative Entwicklungsstrategie zur unilateralen globalen Integration?*

30. November 2006

Öffentliche Anhörung DIE LINKE  
Laurissa Mühlich

8

## 2. Regionale Integration im Mercosur

- Nord-Nord Integration – Europäische Union (€)
  - Handels- und/oder monetäre Integration zwischen Industrieländern ohne die Beteiligung von Entwicklungs- und/oder Schwellenländern
- Nord-Süd Integration – EU Osterweiterung, NAFTA
  - Handels- und/oder monetäre Integration zwischen Entwicklungs- und Schwellenländern und einem Industrieland mit stabiler Reservewährung
- Süd-Süd Integration – **Mercosur**
  - Handels- und/oder monetäre Integration zwischen Entwicklungs- und Schwellenländern ohne die Beteiligung eines Industrielandes mit stabiler Reservewährung

30. November 2006

Öffentliche Anhörung DIE LINKE  
Laurissa Mühlich

9

## 2. Regionale Integration im Mercosur

Mercosur (1991)  
Argentinien, Brasilien,  
Paraguay, Uruguay,  
neu: Venezuela  
Assoziierte Staaten:  
Bolivien, Chile,  
Kolumbien, Ecuador,  
Peru

→ *unvollständige Zollunion  
mit dem langfristigen Ziel  
monetärer Integration  
(Wirtschafts- und  
Währungsunion mit  
"Merco")*



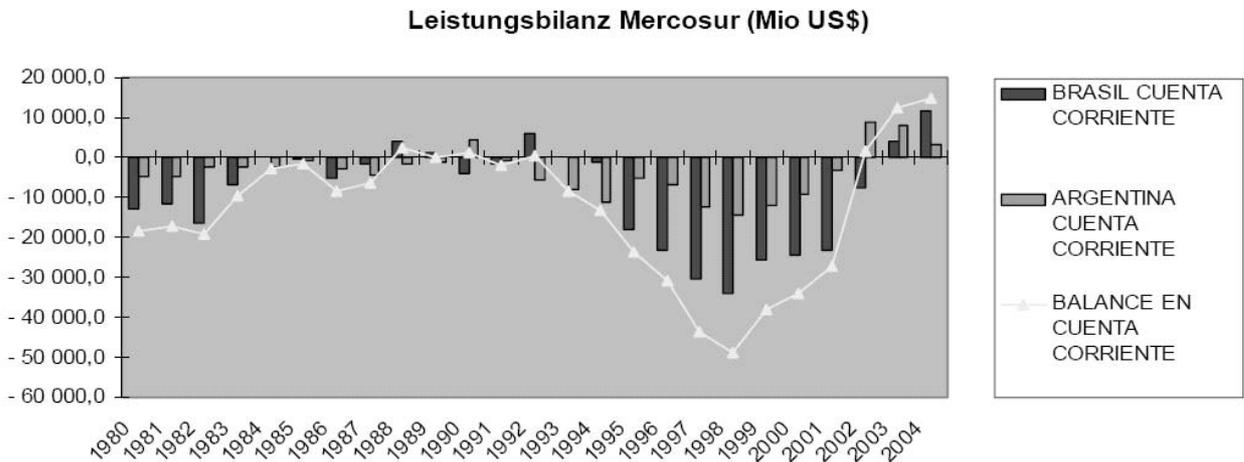
30. November 2006

Öffentliche Anhörung DIE LINKE  
Laurissa Mühlich

10

## 2. Regionale Integration im Mercosur

### Leistungsbilanz des Mercosur, Argentinien und Brasilien in Mio US\$



Quelle: CEPAL 2005

30. November 2006

Öffentliche Anhörung DIE LINKE  
Laurissa Mühlich

11

## 2. Regionale Integration im Mercosur

### Stagnation oder Zukunft im Mercosur?

- Bisher stagnierende Integration...
  - intra-regionale Wechselkursdisparitäten
  - wiederholte "Handelskriege" Argentinien/Brasilien: "beggar-thy-neighbours" Politik um Deviseneinnahmen
- ... zur Zeit stabile Basis ohne offene Zahlungsbilanzkonflikte...
  - Handelsbilanzüberschüsse in Brasilien und Argentinien
- ... mit unterschiedlichen Politiken
  - Kapitalverkehr: Restriktion (Argentinien) vs. Liberalisierung (Brasilien)
  - Inflation: Preiskontrolle (Argentinien) vs. Inflationsziel mit Geldmengensteuerung (Brasilien)
  - Separate Finanzmarktentwicklung

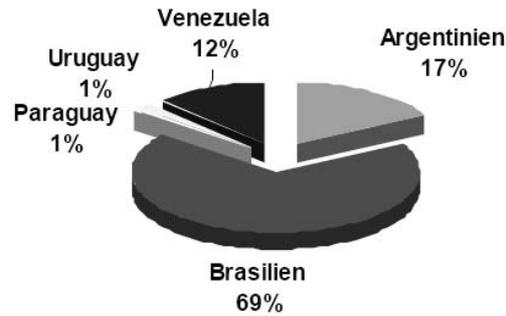
30. November 2006

Öffentliche Anhörung DIE LINKE  
Laurissa Mühlich

12

### 3. Brasilien und der Mercosur

Ökonomische Größenverteilung im Mercosur (% des aggregierten BSP)



Quelle: WDI 2004

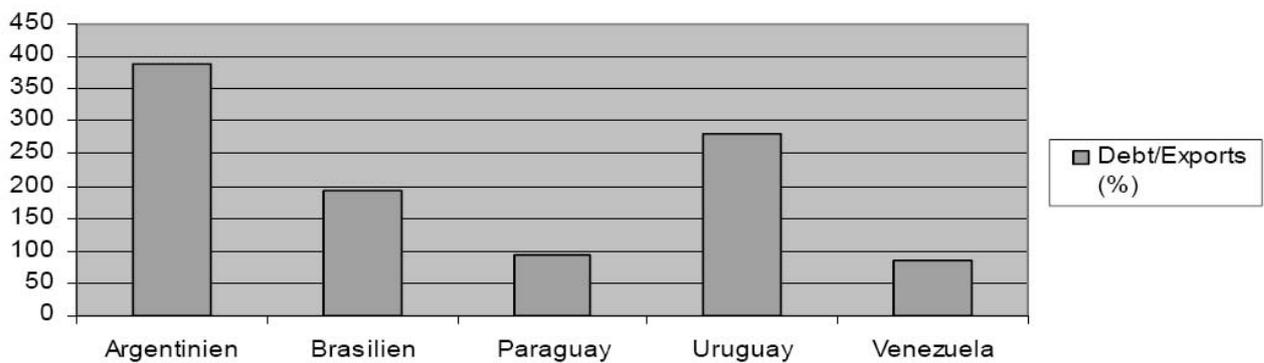
30. November 2006

Öffentliche Anhörung DIE LINKE  
Laurissa Mühlich

13

### 3. Brasilien und der Mercosur

Verschuldungsniveaus Mercosur (Verschuldung/Exporte 2004)



Quelle: WDI 2004

30. November 2006

Öffentliche Anhörung DIE LINKE  
Laurissa Mühlich

14

### 3. Brasilien und der Mercosur

#### Brasilien als politische regionale Hegemonialmacht?

- + Politische Verhandlungsmacht gegenüber USA (FTAA Free Trade Area of the Americas)
- + Wiederwahl Lulas 2006: „Mercosur als nationales Projekt!“
- Integration im Mercosur bleibt unvollständig (lediglich 40% der vereinbarten Abkommen implementiert)
- Es fehlen stabile supranationale Institutionen
- Neues Vollmitglied Venezuela → Neues Kräfteverhältnis Brasilien/Venezuela? Neue politische Orientierung?
- Orientierung Uruguay (Paraguay) Richtung USA?
- Süd-Süd-Kooperationen in Asien u.a.?

30. November 2006

Öffentliche Anhörung DIE LINKE  
Laurissa Mühlich

15

### 3. Brasilien und der Mercosur

#### Brasilien als wirtschaftliche regionale Hegemonialmacht?

- + Ökonomische Größe
- + Intraregionale Marktmacht & Investitionsstrategie
- + Finanzmarktentwicklung in eigener Währung
- Brasilien mit ähnlich hoher Fremdwährungsverschuldung (und -struktur) wie Mercosur
- intra-regionale Wechselkursstabilisierung und Beendigung „beggar-thy-neighbours“ Politiken erschwert
- Brasilien kann z.Zt. keine regionale Leitwährung stellen

30. November 2006

Öffentliche Anhörung DIE LINKE  
Laurissa Mühlich

16

### 3. Brasilien und der Mercosur

Brasilien als Schwellenland im Mercosur mit

- ...strategischem Gewicht für globale Handelspolitik in WTO und mit EU
- ...strategischem Gewicht im regionalen Markt mit leichterem Marktzugang als zum Weltmarkt
- ...fehlender geldpolitischer Stabilität und fehlendem Stabilisierungspotenzial für die Region Mercosur

Vielen Dank!  
Muchas Gracias!

[muehlich@zedat.fu-berlin.de](mailto:muehlich@zedat.fu-berlin.de)

# Alba als politische Strategie im Kontext der Freihandelsabkommen mit den USA und der EU?

Dr. Ronald Köpke



**¿ALBA als Strategie im Kontext der Freihandelsabkommen mit den USA und der EU?**

**ALBA:** Alternativa Bolivariana para la América/ **TCP:** Tratado de Comercio entre los Pueblos

**CSN:** Comunidad Suramericana de Naciones/

**IIRSA:** Iniciativa para la Integración de la Infraestructura Regional Sudamericana

Ronald Köpke  
FDCL-Berlin:  
[ronald.koepke@nexgo.de](mailto:ronald.koepke@nexgo.de)  
[www.fdcl-berlin.de](http://www.fdcl-berlin.de)



## Übersicht

1. Kontext und aktuelle Agenda
2. ALBA/ TCP, CSN/ IIRSA
3. An ALBA angelehnte politische Vorschläge



## Kontext und aktuelle Agenda

- FDCL [www.fdcl-berlin.de](http://www.fdcl-berlin.de): Projekt **Handel-Entwicklung Menschenrechte** zu Freihandelsabkommen EU – Lateinamerika und Beteiligung **Dialog zivilgesellschaftliches Netzwerk zur Demokratieklausele im Globalabkommen EU-Mexiko**, initiiert von RMAC und CIFCA (seit 1999);

- FDCL Mitglied der bi-kontinentalen Arbeitsgruppe **Red Unión Europea – América Latina** (Red UE-ALC) und der Arbeitsgruppe **Enlazando Alternativas** (Gipfel in Wien); Vorbereitung und Beteiligung **Cumbre Social por la Integración de los Pueblos in Cochabamba/Bolivien** im 6.-9.12. Dezember 2006 (parallel zum II. Gipfel der Comunidad Sudamericana am 8./9.12.2006) und **Mercosurgipfel** im Dezember (Vollmitgliedschaft Boliviens, neue Agenda zur EU).



3



## ALBA/ TCP, CSN/ IIRSA: Allgemeines

Hintergrund ist das US-Projekt bzw. das (vorläufige!) Scheitern der großen **Amerikanischen Freihandelszone – ALCA/ FTTA**:

- ALBA (2005) ist dabei ein **politisches Angebot der Regierungen** Venezuelas an die lateinamerikanischen Staaten (realpolitisch: **politische Strategie**); und TCP (2006) ein Vorschlag für einen lateinamerikanischen Kooperations- und Handelsvertrag, eingebracht von Bolivien (10 Punktevorschlag von Evo Morales 04/ 2006). Realisiert im April 2006 als **Abkommen zwischen Kuba, Venezuela und Bolivien** über die ‚Vereinbarung zur Anwendung der Bolivarianischen Alternative für die Völker unseres Amerikas und des Handelsvertrags der Völker‘ – April 2006);

- CSN (2004) ist ein Integrationsansatz (Angestrebte Konvergenzen zwischen CAN, Mercosur et al, Basis politischer Status Quo) zwischen Staaten, die entgegengesetzte Interessen verfolgen.

4



## Strategischer Kontext ALCA

➤ **Regionale Integration i.S. einer „nicht-neoliberalen“ Alternative zu ALCA** ist zweifellos ein breites politisches Projekt (ASC u.a.) über die Regierungen Venezuelas und Boliviens hinaus. Dem europäischen (imperialen) Integrationsanspruch der EU wurde dabei bislang relativ geringe Aufmerksamkeit geschenkt;

➤ Das **Gegenprojekt** <nach ALCA 2005> lautet primär: **Bilateralismus** (Uruguay, Chile, Costa Rica, Peru, Kolumbien) und **Multilateralismus auf niederschwelliger Basis** (Zentralamerika-CAFTA, Andenländer APT-DEA bis 31.12.2006). Das Konzept der EU unterscheidet sich dabei nicht prinzipiell, sondern eher thematisch (Durchsetzung der WTO-Regeln bei Anerkennung gewisser Asymmetrien/ Ausnahmeregelungen).

➤ Zwei Strategien werden dabei verfolgt: **a.) Polarisierung und Desintegration im Inneren und im Äußeren:** ... Wahlen von rechten oder von neoliberalen Kräften abhängigen Regierungen 2006 (Peru, Costa Rica, Mexiko und Kolumbien – (¿Nicaragua, Ecuador?). **b.) Steuerung des CSN als neoliberales Infrastrukturpaket** (über IIRSA) kombiniert mit Bilateralismus = **Gefahr ALCA durch die Hintertür (Judith Valencia/ Universidad Central de Venezuela )**.

5

**ALBA Alternativa Bolivariana para la América (Vorschlag Chávez 2005), konkrete Kooperationen auf dem Erdölgipfel in Santa Cruz 2005**



Simón Bolívar als **Klammer einer auf Region als Handlungsraum bezogenen und explizit nationalistischen Linken:**

Prinzipien:

➤ **Solidarität und Komplementarität** von Handelspartnern, Ergänzung/ Stärkung unterschiedlicher Regionen und Wirtschaftsformen, ökonomischer Prinzipien und sozialer Realitäten **vs.** Primat des Exportkapitalismus; - jedoch im Unterschied zur klassischen Importsubstitution, sozialistischer Prägung;

➤ **Anerkennung und Ausgleich von Asymmetrien:**

Staatshandel und Kooperations- und Kompensationsgeschäfte (bspw. Medizin – Erdöl od. landwirtschaftliche Produkte – Erdöl).



## ALBA: Kernrolle Erdöl und Erdgas

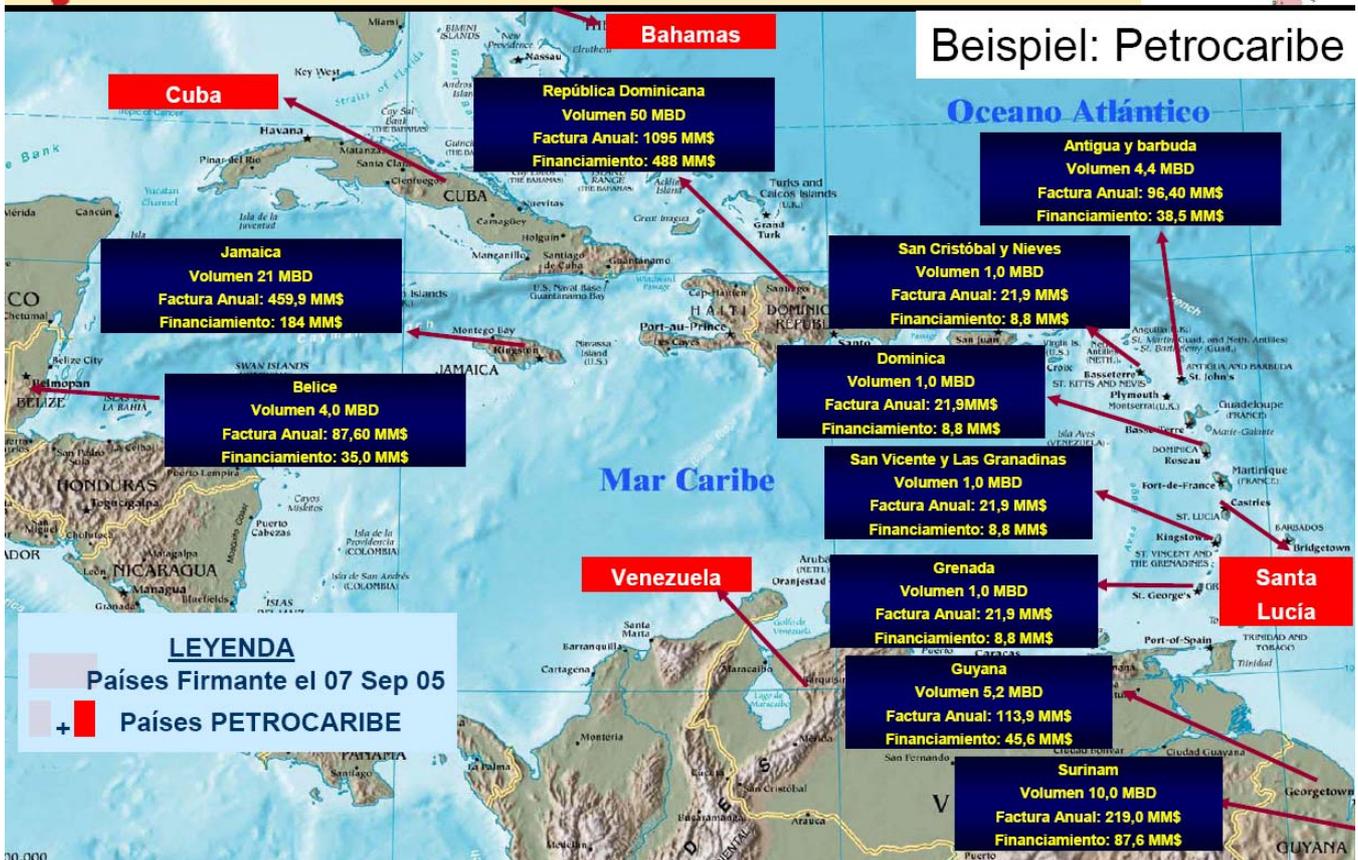
**Ökonomisches Kernelement der (venezolanischen) ALBA-Politik Kooperation auf Basis der Erdöl- und Erdgasvorkommen. Elemente:** Langfristige Lieferverträge, Kreditfinanzierung, Preisregulierung, Infrastruktur (Gaseoducto) und Dividende zur Entwicklung: **Kernakteure staatliche oder in staatlichem Einfluss befindliche Konzerne**

- **Petrosur:** Brasilien (Petrobras), Venezuela (PDVSA) und Argentinien (Mai 2005); (KOOPERATION)
- **Petrocaribe** (29. Juni 2005: 14 karibische Staaten);
- **Petroandina:** Kolumbien, Ecuador, Peru, Bolivien und Venezuela (Juli 2005 Lima-Akte): "Democracia, desarrollo y **cohesión Social**".

7



## Beispiel: Petrocaribe





## ALBA: weitere Projekte

**BANSUR:** Bolivien, Kuba, Venezuela + weitere karibische Staaten mit sozialistischen Regierungen – Haiti. Gemischtes Kapital. Ziele: Währungspolitik, Unabhängigkeit von Kreditaufnahme auf Kapitalmärkten, durch IWF et al über **FONSUR**.

**TELESUR:** Venezuela (46%), Argentinien (20%), Kuba (19%), Uruguay (10%) und Bolivien (5%).

9

Vereinbarung zur Anwendung der Bolivarianischen Alternative für die Völker unseres Amerikas (ALBA) und des Handelsvertrags der Völker (TCP) v. 28./29.4.2006 zwischen Cuba, Venezuela und Bolivien



### Inhalt:

Zollerleichterungen, personelle und technische Zusammenarbeit

### Komplementäre Aufgabenteilung:

**Cuba:** Medizinische Versorgung, Ausbildung und Technologietransfer (z.B. Energieeffizienz)

**Venezuela:** Energie, Technologietransfer, Kredite und Öllieferungen, Stipendien

**Bolivien:** Bergbauprodukte, Landwirtschaft und Treibstoffe, Erfahrungen über indigene Völker



CSN, Comunidad Suramericana de Naciones (Erklärung 2004 von 12 Staaten) im Kontext der IIRSA (2000)

Gipfeltreffen 8. u. 9.12. in Cochabamba, Alternativer Gipfel der Völker

¿Ist CSN ein Handlungsraum zur Umsetzung von ALBA?

2004: 12 südamerikanische Regierungen die Gründung einer ‚Südamerikanischen Nationengemeinschaft‘ (Comunidad Sudamericana de Naciones, CSN)....

Aufgebaut auf das Infrastrukturprogramm IIRSA (2.000)



## CSN: Propuesta del Presidente Evo Morales

**Evo Morales:** CONSTRUYAMOS CON NUESTROS PUEBLOS UNA VERDADERA COMUNIDAD SUDAMERICANA DE NACIONES PARA “VIVIR BIEN”. Oktober 2006: ¿Strategische Marschroute vor dem Gipfel von Cochabamba - **Abkommen für einen südamerikanischen Block?**:

➤ Anerkennung der (großen!) Differenzen (BSP: Venezuela 3.500 USD - Bolivien 1.000 USD),

➤ Alternativen zu Megainfrastrukturprojekten (¿?),

➤ Integration der **unterschiedlichen Geschwindigkeiten** von wirtschaftlicher Integration und Entwicklung,

➤ Minimalkonsens: Anerkennung des Primats der Verbesserung der Lebensbedingungen: para “**Vivir Bien**”.



## CSN: Wirtschafts- u. handelspolitische Vorschläge Evo Morales

- Vertiefung der Integration,
- Komplementarität statt Konkurrenz (**ALBA**),
- Prinzipien des Fairen Handels,
- Konvergenz zu CAN und Mercosur (Marktzugänge, Zollsätze et al),
- Gemeinsame Zentralbank: Banco Sur (**BANSUR ALBA**),
- Kompensationsfonds/ Sozialfonds: ‚Fondo de compensación para la deuda social y asimetrías‘ (**FONSUR ALBA**)
- Infrastrukturentwicklung n.d. Primat Symmetrie und nachhaltige Umwelt und Entwicklung,
- Energetische Integration zwischen KonsumentInnen u. Produzenten (Staatskooperationen, Preispolitik et al) (**PETROSUR ALBA**).

13



## CSN: Doppelstrategie und Realpolitik

Hugo Chávez (09/ 2005) formuliert die **Doppelstrategie von ALBA/ TCP** so: *“la Comunidad Suramericana de Naciones debe trascender MERCOSUR, debe trascender la CAN, y estas dos instituciones deben desaparecer progresivamente en un Plan Estratégico”*.

• Venezuela befindet sich im Prozess der **Vollmitgliedschaft** im Mercosur und Bolivien ist nach Einigung mit der brasilianischen Regierung (Petrobras-Konflikt) eingeladen, **Vollmitglied** im Mercosur zu werden.

• Bolivien formuliert gleichzeitig Ansprüche an ein EU-CAN-Abkommens, angelehnt an den Prinzipien von ALBA/ TCP (rd. 25% seiner Exporte gehen jedoch nach Kolumbien, Ecuador und Peru, ein Austritt aus der CAN – nach dem Vorbild Venezuelas wäre für Bolivien derzeit nicht möglich).

14



## Kontext CSN in IIRSA

Prinzip „**Offener Regionalismus**“, Minimalkonsens der 12 Regierungen, Prinzip Vernetzung regionaler Märkte.

CAF: Consejo Andino de Fomento, BID: Banco Interamericano de Desarrollo (EU und USA), FONPLATA: Fondo Financiero para el Desarrollo de la Cuenca del Plata: 10 Jahresplan Maßnahmen zielen auf Integration auf Basis der Exportwirtschaft ab und nicht auf Komplementarität.

(dazu gehört u.a. auch die Deutsch-Brasilianische Infrastrukturinitiative 2.002 Schroeder – Cardoso; PPPs).

- Raumordnungsprogramme;
- Förderung grenzüberschreitenden Waren- und Güterverkehr;
- Infrastruktur (Straßenbau, Hafenkooperation, Airports).

15

**Kernkriterien Boliviens in den Verhandlungen CAN-EU (Juli 2006)**  
widersprechen den von der EU-Kommission geforderten Anschluss an die Singapurthemen/ Unterordnung unter das WTO-Regelwerk



**Komplementarität** u. Lösungen für Strukturprobleme (Migration, Drogen, Armut und Arbeitslosigkeit);

**Primat sozialer Interessen** über den Investitionsbedingungen transnationaler Unternehmen/ z.B. vs. Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen/ Daseinsfürsorge, Beteiligung Zivilgesellschaft, Entkriminalisierung der Kokapflanze, keine Konditionalitäten (!);

**Zweitmärkte für Kleinproduzenten, Kleinstunternehmen**, Genossenschaften, Wirtschafts- und Bauernverbände und Zollsatz Null und Präferenzen für Beschaffung der EU, **Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse** wie technische und phytosanitäre Beschränkungen u.

**Sonderbehandlung der Landwirtschaft**, ökologischen Landwirtschaft, Schutz der Märkte für andine Produkte;

**Ablehnung internationaler Schiedsgerichte CIADI** (Schiedsgericht Investitionen)

# Protokoll der öffentlichen Anhörung der Fraktion DIE LINKE. „Vom Hinterhof zur Alternative? Linke Politik in Lateinamerika“

## - Teil 2 -

(Protokolliert ist die Diskussion, nicht die Beiträge)

### **Abschlussdiskussion unter Leitung von Heike Hänsel**

Fragen durch die Moderation:

- a) Wo liegen die Widersprüche zwischen Mercosur und ALBA, was wäre diesbezüglich die Aufgabe der Linkspartei
- b) Notwendig ist perspektivisch mit der Endlichkeit von Gas / Öl umzugehen und alternative, regenerative Energie zu fördern (Teil des ALBA Fonds)

*Silvia Natalia Rivera Cuscanqui* kommentiert den Mythos von Entwicklung und Wachstum – was bedeutet beides aus einer indigenen Perspektive? Sie will den Begriff Entwicklung umdeuten und vom Wachstum entkoppeln. Sie betont stattdessen die Notwendigkeit ökologischer Produktion und der Förderung von Mikrounternehmen. Dabei erwähnt sie Fortschritte in der ökologischen Produktion und Nutzung regenerativer Energien in Kuba. ALBA steht ihrer Meinung nach immer noch auf der Grundlage eines Fortschrittgedankens (Lokomotive des Fortschritts), dabei geht das verloren an „gutem Leben und Wohlstand“, was nicht unmittelbar mit Wachstum zu tun hat.

*Laurissa Mühlich* stellt die Frage, ob die regionale Integration eine echte Alternative zur Integration Lateinamerikas in den globalen Markt darstellt, und wenn ja, welche Form die Integration dann annehmen kann oder sollte. Denn eine reine regionale Marktliberalisierung sei keine entwicklungsfördernde Alternative. Gerade deswegen sei ALBA wichtig, weil es von einer politischen Idee getragen ist. Sie wirft die Frage auf, wie Komplementarität statt Konkurrenz das maßgebliche Kriterium werden kann und wie Ersteres im Kontext so stark divergierender nationaler Interessen zu realisieren ist?

*Harald Schindel* hält für die entscheidende Frage, wer von regionaler Integration oder von anderen Vertragswerken profitiert. Wird dort Agroindustrie oder Agrarreform zur Voraussetzung gemacht?

*Achim Wahl* berichtet, dass bisher in Lateinamerika immer die EU als Vorbild der Integration gegolten habe. Inzwischen habe aber in Lateinamerika eine umfassende Auseinandersetzung begonnen, denn es sei klar, dass auch die EU ein zutiefst neoliberales Projekt ist, das kein Vorbild sein kann. Wahl fragt: Welche alternativen Fragen ergeben sich daraus? Wichtig für diese Veranstaltung bzw. den EU Kontext sei, welche Partner es innerhalb der EU gibt, um diese Auseinandersetzung um Alternativen zu stärken (Kampf gegen EU Verfassung, für die Einführung sozialer Mindeststandards etc.)

Die *Botschafterin der Bolivarianischen Republik Venezuela* sagt, Lateinamerika gehe momentan den Weg einer Synthese. Die unterschiedlichen Erfahrungen der Linken in Kuba, Nicaragua, Brasilien, Venezuela, Bolivien und in anderen Ländern brächten neue Ideen zutage. Kooperation habe den Vorteil, Eigenheiten eines jeden Landes

anzuerkennen und dennoch von einem regionalen Bezugspunkt aus mit der EU gemeinsam verhandeln zu können. ALBA beruhe auf anderen Grundlagen, als andere Abkommen. Statt des Wettbewerbs stünden die kooperativen Vorteile im Vordergrund. Zugleich habe Venezuelas Mitgliedschaft im MERCOSUR dessen Profil verändert – ökonomisch und in visionärer Hinsicht, sagt die Botschafterin. Als Beispiele der wachsenden Integration führte sie die Pipeline durch Südamerika, PetroCaribe und die Versorgung armer US-Bürger mit venezolanischem Öl an. Die neuen Integrationsversuche hätten zentrale politische Elemente – denn sie setzten auf Süd-Süd-Kooperation. Dieses Zusammenfließen in der Pluralität ermögliche Neu-Investitionen in das „gute und würdevolle Leben“. Hierbei spielten auch indigene Einflüsse eine Rolle, neue Paradigmen würden geschaffen, so die Botschafterin. Die Suche nach gemeinsamen Wegen mit der Linkspartei findet die Botschafterin dabei wichtig.

Ein *Vertreter von Cuba Sí* kritisiert am Beitrag von Laurissa Mühlich, dass sie zu stark den Schwerpunkt auf wirtschaftliche Prozesse und zu wenig auf die politischen gelegt habe. Außerdem seien reale Investitionen wichtig und nicht nur Währungsblocks, denn Integration bedeute Ausbau der Infrastruktur und einer nachhaltigen Entwicklung. In diesem Sinne begrüßt er den Austritt Venezuelas aus dem Andenpakt.

Ein *Vertreter des AK Lateinamerika bei der Linkspartei* verweist auf die Erfahrungen der Linkspartei mit linken Parteien in Lateinamerika und stellt einige Fragen zur Debatte: Wie geht die deutsche Politik mit der linken Politik Lateinamerikas um? Welches politische Konzept hat die deutsche Linke? Wie lassen sich die Reformprozesse stabilisieren? Und was macht der Gegner? (Hier verweist er auf den Putschversuch in Venezuela 2002) Denn mit der Regierungsübernahme sei noch längst nicht geklärt, was an Reformvorhaben dann wirklich umgesetzt wird. Um diese Fragen anzugehen sei es wichtig, dass sich die Linke auf solchen Veranstaltungen artikuliert.

*Ronald Köpke* räumt ein, dass die in ALBA enthaltenen Vorschläge in vielerlei Hinsicht naiv seien, aber wichtig daran sei, was da politisch stattfindet. Zum Beispiel die Frage danach, was man eigentlich als Fortschritt bezeichnet und welche Rolle hier indigene Kulturen spielen.

*Laurissa Mühlich* betont, dass die Frage der wirtschaftlichen Stabilität weiterhin zentral bleibe, d.h. wie stabil sind regionale Absprachen und/oder weitergehende Bündnisse und welche Stabilisierungsvorteile können sie tatsächlich bringen. In diesem Zusammenhang werde dann auch die Frage nach der Währungsstabilität wichtig. Damit verbunden ist auch die Frage, welche Formen der Integration für wen welche „Gewinne“ versprechen – und welche Alternativen sich für „Gewinner“- und „Verlierer“-Länder bieten. Hier werde die Veränderung multilateraler EU Politik und die Verantwortung der Linken in der EU dafür entscheidend.

*Juliana Ströbele-Gregor* findet, es werde in der Runde auf zwei Ebenen diskutiert. Zunächst werde hier über Integration von Regierungen geredet, auf einer anderen Ebene gebe es die Debatte von indigenen Gemeinschaften um das „Leben in Wohlbefinden“. Hier würden die Erfahrungen mit eigenständigen Entwicklungsprojekten verbunden mit der Frage nach den Zukunftsversionen. Die Frage sei aber, wie die beiden Debatten miteinander verbunden werden können.

*Silvia Natalia Rivera Cuscanqui* sagt, bislang biete Europa nur die Option, dass Lateinamerika weiterhin Rohstofflieferant bleibt. Lateinamerika solle sich ihres Erachtens stattdessen auf seinen Reichtum besinnen, statt eigene Arbeitskräfte zu verbilligen. An die europäische Linke gerichtet sagt sie, diese müsse ihr eigenes Land verändern, anstatt andere Gesellschaften verändern zu wollen.

Der *Botschafter Boliviens* bezeichnet Silvia Rivera als seine Lehrerin. Sie habe indigenes Selbstbewusstsein gestärkt. Er dankt ihr dafür, dass sie in ihrem Vortrag über indigene Erfahrungen und über Koka gesprochen hat. Er vermutet, europäische Wissenschaftler hätten Angst vor der Forschung über Koka, und schlägt vor, die Europäische Linkspartei solle ein Koka-Seminar ausrichten.

Die *Geschäftsträgerin der Kubanischen Botschaft* erwartet ein Wiedererstarken der Linken. Die Linke in der EU habe eine internationale Verantwortung darin, die Prozesse in Lateinamerika zu unterstützen. Sie dankt der Fraktion DIE LINKE. für ihren Antrag zu den Beziehungen EU-Lateinamerika. Dieser Antrag sei ein guter Anfang, denn damit würden die verschiedenen Bewegungen in Lateinamerika anerkannt und gestärkt. Der nächste Schritt müsse die Vereinigung europäischen Linken sein, denn erst dann ließen sich Kräftekonstellationen verschieben

*Achim Wahl* findet es wichtig, dass die Anhörung die verschiedenen linken Positionen artikulieren ließ. Die Gruppen müssten sich aber nun zusammenschließen im Rahmen der EU/EP. Es gehe, so Wahl, von der Veranstaltung ein guter Impuls zur Vertiefung der Zusammenarbeit aus.

*Heike Hänsel* kündigt eine parlamentarische Initiative der Fraktion DIE LINKE. zum Thema Koka und Koka-Kulturen an. Sie betont, die Erarbeitung von Ansätzen zur solidarischen Ökonomie in Lateinamerika müsse weitergehen. Dabei ginge es nicht darum, Konzepte für Lateinamerika zu entwickeln, sondern Erfahrungen auszutauschen, um für die Politikgestaltung hier bessere Ansatzpunkte zu finden. Es gebe überall ähnliche Träume und Vorschläge in den sozialen Bewegungen – sei es in der Ablehnung der EU-Verfassung, sei es in den Auseinandersetzungen und Kämpfen der Menschen, die sich in Lateinamerika ausdrücken.

*Protokoll: Corinna Genschel und Alexander King, 14.12.2006*

## **Nach dem Wiener Gipfel – die Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika solidarisch gestalten**

**Antrag der Abgeordneten Heike Hänsel, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Monika Knoche, Ulla Lötzer, Hüseyin-Kenan Aydin, Dr. Hakki Keskin, Katrin Kunert, Michael Leutert, Dr. Norman Paech, Paul Schäfer (Köln), Dr. Kirsten Tackmann, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE. (Drucksache 16/2602)**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit dem Abschluss des IV. Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs Lateinamerikas und der Karibik sowie der Europäischen Union am 12. Mai 2006 in Wien wurde offenbar: Die alte neoliberale Lateinamerikapolitik der Europäischen Union ist gescheitert, Ansätze einer neuen Politik lateinamerikanischer Staaten haben sich demgegenüber weitgehend durchgesetzt.

1. Die Vorstellungen und Erwartungen, wie sie von der Europäischen Kommission unter dem Titel „Eine verstärkte Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika“ [KOM (2005) 363] und von dem Europäischen Parlament in seiner Entschließung „Über eine festere Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika“ [P6\_TA(2006)0155] formuliert worden waren und wie sie von der Bundesregierung geteilt wurden, haben sich als unrealistisch erwiesen. Vor allem kam das Assoziations- und Freihandelsabkommen mit dem Mercosur, über das bereits seit 1999 ergebnislos verhandelt wird, wieder nicht zustande. Dies ist im Sinne der Kleinbauern und anderer Produzenten Lateinamerikas zu begrüßen. Sie wären im Falle eines Freihandelsabkommens einer übermächtigen Konkurrenz durch Importe europäischer Konzerne ausgesetzt worden. Deshalb gehörten sie zu den aktivsten Teilen der Bewegung gegen ein solches Abkommen. Das Scheitern der EU wurde mit der vagen Ankündigung bemäntelt, sich „noch intensiver darum zu bemühen, die Verhandlungen voranzubringen“. Auch die Aussagen zu den angestrebten Handelsabkommen mit den Staaten Zentralamerikas, der Andengemeinschaft und der Karibik (Cariforum) blieben denkbar unkonkret. Mit den Ergebnissen von Wien kann das mittelfristige Ziel der EU einer europäisch-lateinamerikanischen Freihandelszone in absehbarer Zeit nicht erreicht werden.
2. Die vom Europäischen Parlament in seiner Entschließung kurz vor dem Gipfel noch einmal besonders hervorgehobene Forderung nach gemeinsamen Institutionen wie einer parlamentarischen „Transatlantischen Versammlung EU-Lateinamerika“ wird in der Schlusserklärung des Gipfels lediglich „mit Interesse zur Kenntnis“ genommen, die „Schaffung eines ständigen europäisch-lateinamerikanischen Sekretariats“ nicht einmal erwähnt. Es ist zu begrüßen, dass es damit nicht zur von der EU angestrebten Einflussnahme durch Integration Einzelner in gemeinsamen hochrangigen Institutionen kommen wird.
3. Gegenüber der sonstigen vereinnahmenden Beschwörung gemeinsamer Werte wird in der Schlusserklärung des Wiener Gipfels unmissverständlich darauf hin-

gewiesen, dass es „kein einheitliches Demokratiemodell gibt und dass Demokratie nicht einem Land oder einer Region gehört“. Auch wird die Notwendigkeit bekräftigt, „die Souveränität, die territoriale Integrität und das Recht auf Selbstbestimmung gebührend zu achten“. Angesichts der jüngsten Nationalisierungsmaßnahmen Boliviens und der fragwürdigen Kritik des deutschen Außenministers daran stellt die Schlusserklärung unmissverständlich fest: „Wir erkennen das souveräne Recht der Staaten an, ihre natürlichen Ressourcen zu verwalten und deren Nutzung zu regeln.“

4. Im Widerspruch zu der eindeutigen Absage an ein einheitliches „westliches“ oder „europäisches“ Demokratiemodell steht noch immer die Aussage in dem „Gemeinsamen Standpunkt“ der Europäischen Union vom 2. Dezember 1996 zu Kuba: „Die Europäische Union verfolgt in ihren Beziehungen zu Kuba das Ziel, einen Prozess des Übergangs in eine pluralistische Demokratie [...] zu fördern.“ Diese Position hatte der Rat noch einmal ausdrücklich in seiner Sitzung am 10. April 2006 unterstrichen. Die Schlusserklärung des Wiener Gipfels betont hingegen „die souveräne Gleichheit aller Staaten“, „ihre territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit“ und im Rahmen internationaler Beziehungen den Verzicht „auf die Androhung bzw. Anwendung von Gewalt“. Ebenso distanziert sie sich von den „exterritorialen Bestimmungen des Helms-Burton-Act“.

Die Zugeständnisse, die von lateinamerikanischen Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel in Wien durchgesetzt wurden, sind nicht nur Erfolge diplomatischer Bemühungen. Sie sind Ergebnis und Konsequenz eines bis heute andauernden Veränderungsprozesses in Lateinamerika.

1. Die 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts waren in Lateinamerika gekennzeichnet durch eine weitgehende Deregulierung der Märkte, eine Privatisierungswelle und eine neo-liberale Wirtschaftspolitik. Diese Politik schlug sich nieder im Abschluss mehrerer bilateraler Handelsabkommen, auch mit der EU, in der Vereinbarung des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA und im Beginn der Verhandlungen über eine gesamt-amerikanische Freihandelszone (ALCA). Das auf diese Weise erzielte Wirtschaftswachstum war und ist unbeständig und stark von äußeren Faktoren abhängig. Es findet eine Konzentration auf den Export von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten agrarischer Großproduzenten und allenfalls noch Zulieferprodukten statt. Zur Entwicklung hochwertiger Produktionen kommt es kaum. Die Verschuldung Lateinamerikas stieg in diesem Zeitraum stark an.
2. Die radikale Liberalisierung und die zunehmende Verschuldung Lateinamerikas in den vergangenen fünfzehn Jahren vollzogen sich auf Kosten der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Die marktradikale Politik führte in Lateinamerika zu weiter zunehmender ungleicher Verteilung des wirtschaftlichen Fortschrittes zwischen den gesellschaftlichen Gruppen. Die Sozialleistungen wurden drastisch gekürzt. Nach den Kriterien der CEPAL (UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik) gelten von den 520 Millionen Einwohnern Lateinamerikas über 200 Millionen als arm, davon knapp 90 Millionen als extrem arm. Jeder fünfte Einwohner Lateinamerikas hat keinen Zugang zu den Gesundheitsdiensten und weniger als ein Drittel ist sozial abgesichert. Armut, Ausgrenzung, fehlender Zugang zu den sozialen Basisdiensten und

Gesundheitsprobleme treffen vor allem strukturell benachteiligte Gruppen der Gesellschaft wie Frauen und Jugendliche, insbesondere aber die indigenen und die Bevölkerungsgruppen afrikanischer Abstammung.

3. Die wirtschaftlichen und sozialen Krisenprozesse führten in Lateinamerika zu einschneidenden Veränderungen der politischen Kräfteverhältnisse. In der Region wachsen die Kräfte, die neoliberale Politik ablehnen. In Kolumbien konnte 2006 durch das Erstarken einer neuen linken Kraft (Polo Democrático) erstmals das traditionelle Zweiparteiensystem mit Konservativen und Liberalen durchbrochen werden. In Argentinien, Venezuela, Brasilien und Bolivien kamen neue linke demokratische Regierungen ins Amt und konnten sich zum Teil gegen undemokratische Machenschaften behaupten. Im Zentrum ihrer Politik steht der Kampf gegen Armut und Ungleichheit, verbunden mit einer ökonomischen Strategie, die darauf ausgerichtet ist, wertschöpfungsreichere und dynamischere Exportsektoren hervorzubringen und zugleich Impulse für die Binnenwirtschaftsentwicklung zu geben.
4. Der externe Einfluss auf die Region wird zunehmend kritisch gesehen. Dies gilt insbesondere für die Einmischung der USA in die Konflikte in Kolumbien und die damit verbundene Militarisierung der Konflikte, die eine friedliche Lösung und eine demokratische Entwicklung dieses Landes behindern. Skepsis rief auch die Beteiligung der USA und Frankreichs an der Vorbereitung des gewaltsamen Umsturzes in Haiti 2004 hervor. Der Ausschluss Haitis aus der Gemeinschaft Karibischer Staaten (CARICOM) nach dem Umsturz demonstrierte ein neues Selbstbewusstsein der Region gegenüber den USA. Mit der Wahl einer legitimen haitianischen Regierung im Februar 2006 eröffnen sich neue Möglichkeiten der innerkaribischen Zusammenarbeit.
5. Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Veränderungen in Lateinamerika haben dazu beigetragen, dass die Absichten der USA, eine kontinentale Amerikanische Freihandelszone (ALCA) zu errichten, vorerst gescheitert sind und Alternativen für solidarische Handelsbeziehungen entwickelt werden. Kuba, Venezuela und Bolivien schlossen unmittelbar vor dem Wiener Gipfel die „Vereinbarung zur Anwendung der Bolivarianischen Alternative für die Völker unseres Amerikas und des Handelsvertrags der Völker (ALBA)“ ab. Dieser Vertrag beschränkt sich nicht abstrakt auf den Austausch von Waren und Dienstleistungen, sondern setzt konkret an den jeweiligen Bedürfnissen der Bevölkerungen und an dem Leistungsvermögen der Vertragspartner an. Die Vereinbarung umfasst ein auf Komplementarität statt Wettbewerb ausgerichtetes Handelsabkommen, die Verpflichtung Kubas und Venezuelas zu finanzieller, medizinischer und technischer Hilfe an Bolivien, akademische Austauschprogramme und wissenschaftliche Kooperation sowie gemeinsame Infrastrukturinvestitionen. In einem solchen Beziehungsgeflecht ist kein Raum für Freihandelsabkommen, sondern nur für Verträge über sich wechselseitig ergänzende Lieferungen und Leistungen und gegebenenfalls damit korrespondierende Entgelte.
6. Die Staaten Lateinamerikas und der Karibik versuchen, regionale Autonomie in der Energieversorgung herzustellen. Mit der Verstaatlichung der Erdgasfelder in Bolivien wird dort die Öffentlichkeit erstmals wieder an den Einnahmen aus dem natürlichen Reichtum des Landes beteiligt und werden Ausbeutung, Verarbeitung

und Distribution dieser Energieressource wieder demokratischer Kontrolle unterworfen. Im Rahmen des Programms PetroCaribe werden 14 karibische Staaten zu günstigen Konditionen (stabile Preise unter Weltmarktsniveau, lange Zahlungsfristen mit Niedrigzins) mit venezolanischem Öl versorgt. Damit entsteht für diese Staaten eine Entwicklungsdividende, die sie in den Aufbau der Infrastruktur zur Energieversorgung investieren. In Haiti beispielsweise könnte dadurch erstmals ein flächendeckendes Stromnetz außerhalb der Hauptstadt betrieben werden.

7. Die wachsende regionale Integration zwischen verschiedenen lateinamerikanischen Staaten findet auch Ausdruck in der Vertiefung der innerregionalen Entwicklungszusammenarbeit. In diesem Zusammenhang konnte Kuba seine Isolation weitgehend durchbrechen. In weiten Teilen der lateinamerikanischen Bevölkerung finden die von kubanischen Kräften geleistete medizinische und technische Hilfe und die Unterstützung bei der Alphabetisierung besondere Anerkennung. Kubanische Ärzte, Krankenschwestern und Techniker sind die tragende Säule des Gesundheitssystems in einigen ärmeren Staaten des Kontinents. Durch sie konnte vielerorts erstmals eine flächendeckende Gesundheitsvor- und -fürsorge in ländlichen Gebieten und städtischen Slums aufgebaut werden.

Die Veränderungen in Lateinamerika, die Informationen und Diskussionen darüber auf dem in Wien parallel zum Gipfel stattfindenden Gegengipfel, vor allem aber das öffentliche Auftreten der Präsidenten Venezuelas, Hugo Chavez, und Boliviens, Evo Morales, ließen das Interesse für eine andere, nicht neoliberal geprägte Lateinamerikapolitik der Europäischen Union ganz erheblich weiter wachsen. Das korrespondiert mit einem veränderten Bewusstsein vieler Menschen bezüglich der Entwicklungen in der Europäischen Union selbst: Die seit Mitte der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts erfolgende neoliberale Ausrichtung der EU wird von breiten Teilen der Bevölkerung nicht mehr ohne weiteres hingenommen. Das zeigt sich an zunehmenden Arbeitskämpfen in verschiedenen Ländern, am Scheitern des Verfassungsvertrags wie am erfolgreichen Widerstand gegen die Liberalisierung der Hafendienstleistungen. Das wird zudem deutlich am anhaltenden Kampf gegen die Dienstleistungsrichtlinie, der mit dem Kompromiss im Europäischen Parlament nicht beendet ist. Es wächst auch die Kritik an der Ausrichtung der auswärtigen Politik der EU auf die Ausbeutung anderer Länder und Regionen und auf die Beherrschung von Rohstoffvorkommen im Interesse der transnational agierenden Großunternehmen. Nicht zuletzt stößt die Militarisierung der EU auf immer stärkere Ablehnung.

Die Bundesregierung hatte sich durch ihren Außenminister zunächst öffentlich für den Abschluss des Freihandelsabkommens der EU mit dem Mercosur stark gemacht und dann kritisch gegen die Übernahme der Energieproduktion in Bolivien in die eigene Verantwortung des Landes gewandt. Danach äußerte sie sich zu Fragen Lateinamerikas weder in der Regierungserklärung zum Wiener Gipfel im Deutschen Bundestag noch sonst politisch wegweisend. Soweit sie damit ihre alte überholte Politik aufgegeben hat, ist das gut so. Das reicht aber nicht aus. Es geht um die Formulierung und Durchsetzung einer neuen Lateinamerikapolitik Deutschlands und der Europäischen Union, einer Politik, die auf der Höhe der Zeit ist.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die bisherige Politik gegenüber Lateinamerika, die auf Hegemonie und Ausbeutung zielte, endgültig aufzugeben und durch eine neue Politik solidarischer Zusammenarbeit zu ersetzen. In diesem Sinne fordert er die Bundesregierung auf, darauf hinzuwirken,

1. dass die politischen Diskussionen über eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und den Ländern Lateinamerikas zukünftig offen und öffentlich stattfinden. Die wechselseitigen Angebote und Forderungen aus den kommenden Verhandlungen sind offen zu legen. Die schon in Kraft befindlichen Abkommen mit Mexiko (1997) und Chile (2002) sind hinsichtlich ihrer schichtspezifischen, sozialen, ökologischen, menschenrechtlichen, frauenpolitischen und volkswirtschaftlichen Wirkungen in den Partnerländern zu evaluieren und die Ergebnisse der Evaluation dem Deutschen Bundestag schnellstmöglich zur Kenntnis zu geben;
2. dass die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten der EU den gegenwärtigen Prozess der regionalen Neuordnung Lateinamerikas respektieren, der sich in Abwendung von der Schaffung einer gesamt-amerikanischen Freihandelszone (ALCA) unter dem Titel ALBA (Alternativa Bolivariana) vollzieht. Ein solcher Prozess darf nicht durch eine vorherige völkerrechtliche Festschreibung neoliberaler Strukturen durch bilaterale Abkommen zwischen der EU und einzelnen lateinamerikanischen Staatengruppen konterkariert werden;
3. dass die Verhandlungen der Europäischen Kommission mit einzelnen Staaten und regionalen Zusammenschlüssen Lateinamerikas in Zukunft von uneingeschränktem Respekt vor deren Souveränität und Gleichrangigkeit getragen sein werden. Das gilt besonders für die Verfügung über die eigenen natürlichen Reichtümer und für die souveräne Organisation der Daseinsvorsorge und der öffentlichen Ausschreibungen in den jeweiligen Staaten;
4. dass in den anstehenden Verhandlungen die Interessen der Unternehmen hinter sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Standards zurückstehen. Der Abschluss von Freihandelsabkommen muss von der Agenda der Assoziierungsverhandlungen genommen werden;
5. dass zwischen der Europäischen Union und regionalen Akteuren Lateinamerikas eine Regelung zum Abbau der internationalen Schulden der lateinamerikanischen Staaten in einer Weise stattfindet, dass von ihnen kein Zwang mehr zu einem binnenwirtschaftlich, ökologisch und sozial unverträglichen exzessiven Export ausgeht. Die Bundesregierung ist aufgefordert, in diesem Sinne für eine gerechte Lösung der Verschuldensproblematik für Lateinamerika und darüber hinaus Sorge zu tragen und sich für einen kompletten Schuldenerlass für die ärmeren und ein Moratorium für die wirtschaftlich stärkeren Länder Lateinamerikas einzusetzen;

6. dass Verhandlungen über die Handelsaspekte nach dem Gipfel ohne jeden zeitlichen und politischen Druck fortgeführt werden und dass dabei die nachfolgend benannten Aspekte beachtet werden, auf deren Umsetzung gegenüber der Kommission und in den verschiedenen Ratsformationen zu drängen ist:
- a) Die Liberalisierung und Privatisierung der Daseinsvorsorge, insbesondere der Wasserversorgung, der Abwasser- und Abfallentsorgung, der Energieversorgung und des öffentlichen Transports dürfen nicht verlangt werden. Stattdessen sind Angebote zur Unterstützung bei einer effizienteren Gestaltung dieser Bereiche zu unterbreiten.
  - b) Die Zuständigkeit für Regelungen über den Zugang zu und die Ausübung von Post-, Telekommunikations- und Finanzdienstleistungen sollte bei den jeweiligen Ländern bzw. bei den regionalen Gemeinschaften verbleiben. Allerdings könnte es beiderseitigen Interessen entsprechen, ein Gleichbehandlungsgebot im Verhältnis zu Inländern zu regeln, wodurch bestehende staatliche Monopole jedoch nicht berührt würden.
  - c) Das Thema des geistigen Eigentums darf nicht Bestandteil der Assoziierungsverhandlungen werden. Stattdessen ist das Thema, entsprechend der brasilianisch-argentinischen Initiative, nur im Rahmen eines einzurichtenden ständigen Patentausschusses bei der WIPO (World Intellectual Property Organization) zu verhandeln.
  - d) In den Ländern Lateinamerikas müssen die Möglichkeiten zur Durchführung von Maßnahmen der Landreform gewährleistet bleiben. Die EU soll darauf verzichten, von den Mercosur-Staaten die Streichung des Vorbehalts zum Schutz der Agrarreform aus dem Investitionsangebot zu fordern.
  - e) Bei den Verhandlungen über Agrarproduktion und Agrarexporte muss das Ziel der Ernährungssouveränität Vorrang haben vor einer Überschussproduktion und einer Ausweitung der Exporte. Das erfordert den Abbau von Subventionen beim Agrarexport auf Seiten der EU. Insoweit sind die Festlegungen bei den WTO-Verhandlungen vom 13. bis 18. Dezember 2005 in Hongkong zu beachten.
  - f) Grundsätzlich ist dafür Sorge zu tragen, dass die regionale Versorgung durch kleine und mittlere Unternehmen und deren wirtschaftliche Existenz durch großvolumige Importe nicht gefährdet werden. Im Gegenteil muss gestattet werden, dass diese Bereiche durch Importzölle und interne Stützungsmaßnahmen stabilisiert werden. Das gilt besonders für die kleinbäuerliche Produktion von Milch und Milchprodukten im Bereich des Mercosur.
  - g) Auch im Bereich des produzierenden Gewerbes muss die Möglichkeit erhalten oder geschaffen werden, neue Produktionszweige aufzubauen bzw. im Aufbau befindliche – erforderlichenfalls auch mittels Einfuhrbeschränkungen – abzusichern und damit die binnenwirtschaftliche Erschließung in Lateinamerika zu stützen.

- h) Im Zuge der Verhandlungen mit den karibischen AKP-Staaten (Cariforum) über sog. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen im Rahmen des Cotonou-Prozesses darf der junge karibische Binnenmarkt nicht durch externe Liberalisierungsforderungen gefährdet werden. Einkunftsverluste durch Zolllenkungen dürfen nicht ohne adäquate Kompensation herbeigeführt werden. Die Kompensations- und Adaptionsprogramme für die karibischen Staaten zur Abmilderung der Folgen der EU-Marktänderungen für Zucker und Bananen müssen deutlich aufgestockt werden.
  - i) Der Anbau der traditionellen Nutzpflanze Koka und ihre herkömmliche Nutzung dürfen nicht behindert werden. Bemühungen, alternative Anwendungen in der Pharma- und Lebensmittelindustrie zu etablieren, sollen unterstützt werden. Die Illegalisierung des Anbaus und Handels von Koka-Blättern ist aufzuheben, damit der Export von z. B. Koka-Tee ermöglicht wird. Die Illegalität der Verarbeitung und Verbreitung der Droge Kokain ist hiervon nicht berührt. Anstrengungen, die bäuerliche Landwirtschaft zu diversifizieren und damit die Lebens- und Arbeitsgrundlagen der Kleinbauern zu verbreitern, sollen unterstützt werden.
  - j) Es muss insgesamt gewährleistet werden, dass im Kontext der Assoziierungsverhandlungen die ILO-Kernarbeitsnormen ungeschmälert Berücksichtigung finden. Vor dem Hintergrund bisheriger Erfahrungen in der exportorientierten Produktion ist besonders auf die Einhaltung der Vereinigungsfreiheit und auf die Beseitigung der geschlechtsbezogenen Diskriminierung zu achten. Das Gleiche gilt für die ILO-Konvention über indigene und in Stämmen lebende Völker;
7. dass vertragliche Vereinbarungen über eine verstärkte Entwicklungszusammenarbeit mit den einzelnen lateinamerikanischen Staaten, insbesondere mit den Ländern der Karibik, getroffen werden. Die EU-Mitgliedstaaten und insbesondere die Bundesregierung sind aufgefordert, die finanziellen Mittel für die entsprechenden Ausgaben zu erhöhen, damit bilateral und im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit der EU die Unterstützung für Lateinamerika und die Karibik verstärkt werden kann. Qualitativ fordert er eine weitgehende Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit:
- a) In Abkehrung von den alten Leitbildern der 90er Jahre muss in der Entwicklungszusammenarbeit die Stärkung der Handlungsfähigkeit der staatlichen Verwaltungen zum wichtigen Entwicklungsziel werden, müssen in diesem Sinne die Verwaltungen der lateinamerikanischen Staaten darin unterstützt werden, Leistungen der Daseinsvorsorge in eigener Verantwortung effizienter zu erbringen. Die Privatisierung von Vorsorgeunternehmen darf nicht länger gefördert werden. Die Beteiligung privater Unternehmen im Rahmen der Öffentlich-Privaten-Partnerschaft ist sorgfältig auf einen wirksamen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung zu überprüfen und gegebenenfalls einzustellen.
  - b) Programme und Projekte zur Armutsbekämpfung, zur Förderung von Bildung und zur Verbesserung des Gesundheitswesens müssen darauf ausgerichtet werden, strukturell benachteiligte Gruppen in die Lage zu versetzen, ihre Interessen zu artikulieren und durchzusetzen. Dabei sollen bestehende

Strukturen der Selbstorganisation gestärkt werden. Die Betroffenen müssen in allen Phasen der Umsetzung Entscheidungsbefugnisse und Mitwirkungsrechte haben. Besondere Aufmerksamkeit verdienen in diesem Zusammenhang die Misiones (Gemeindeprogramme zur medizinischen Versorgung, Alphabetisierung u. a. in Venezuela als Modell für dezentrale, partizipative Entwicklungsarbeit.

- c) Maßgeblich muss ein neues ökologisches Leitbild in die Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika Eingang finden, das die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen von Rodung und anderen Umweltbelastungen berücksichtigt. In diesem Sinne sind Wiederaufforstungsprogramme mit Angeboten für alternative Einkommensquellen für die Bewohner und Nutzer der Primärwälder zu verbinden. Gefordert ist auch eine neue Ausrichtung der Energiegewinnung und -nutzung. In der Umstellung auf regenerative Energien können Europa und Lateinamerika eine nachhaltige Zusammenarbeit entwickeln, die beiden Partnern hilft, ökologische und soziale Probleme zu überwinden. Dies wäre auch ein Beitrag zu einer autonomen Energieversorgung.
  - d) Die Entwicklungszusammenarbeit der EU mit Lateinamerika muss darauf ausgerichtet sein, diskriminierungsfreie Zugänge zu Bildung und zu einer effektiven flächendeckenden Gesundheitsvorsorge herzustellen. Im Sinne der Armutsbekämpfung sind außerdem Schritte zu einer Landreform zu befördern, um die weithin bestehenden sozialen Probleme der Landlosigkeit einzudämmen, bäuerliche Landwirtschaft und kleinräumige Versorgungskreisläufe zu stützen. Insoweit muss die Sozialbindung des Eigentums Vorrang vor einer bindungslosen Nutzung durch Großgrundbesitzer haben;
8. dass die fragwürdige „Europäische Sicherheitspartnerschaft“ nicht in die Agenda der Assoziierungsverhandlungen aufgenommen und stattdessen in den Verhandlungen großes Gewicht darauf gelegt wird, wie friedliche Konfliktlösungsmöglichkeiten befördert und Ansätze zu militärischer Intervention zurückgedrängt werden können. Als Beitrag zu einer Friedenslösung in Kolumbien muss die EU ihre Unterstützung für den „Plan Colombia“ aufgeben. Stattdessen sollen die vielfältigen Friedensansätze kolumbianischer Menschenrechtsgruppen und indigener Bewegungen unterstützt werden. Nicht die USA, sondern die subregionalen Organisationen sowie die Vereinten Nationen müssen bei der Lösung der Konflikte eine wesentliche Rolle spielen. Auch deshalb erwartet der Deutsche Bundestag neue Vorschläge zur Stärkung der Vereinten Nationen. Darin sollten die Länder des Südens, auch Lateinamerikas, größeren Einfluss erhalten;
9. dass mittelfristig ein Ende der UN-Blauhelmission in Haiti MINUSTAH (Mission des Nations Unies pour la Stabilisation en Haïti) herbeigeführt und die volle Souveränität an die haitianische Regierung zurückgegeben wird. Zivile Programme zur Entwaffnung und Auflösung der Banden müssen entwickelt, legaler und illegaler Waffenimport unterbunden werden. Die neue Regierung ist aktiv beim Aufbau staatlicher Funktionen zu unterstützen. Dabei müssen die vielfältigen basisdemokratischen Potenziale der haitianischen Gesellschaft (z. B. der Bauernorganisationen) aufgegriffen werden. Es darf kein Druck zur Durchsetzung weiterer Privatisierungen und Liberalisierungen aufgebaut werden;

10. dass Initiativen zur atomaren Abrüstung in Europa, zum Abbau der europäischen Rüstungsexporte nach Lateinamerika und für eine atomwaffenfreie Zone in Lateinamerika ergriffen werden;
11. dass staatliche Souveränität und demokratische Willensbildung wichtige Prinzipien im Rahmen der Gespräche über eine Partnerschaft zwischen Lateinamerika und der Europäischen Union werden und eine deutliche Distanzierung von Versuchen erfolgt, demokratisch gewählte Regierungen mit Gewalt zu stürzen oder solche Umsturzversuche von innen oder außen zu unterstützen, wie es bei dem Militärputsch gegen den Präsidenten von Venezuela, Hugo Chavez, geschah. Des Weiteren ist jeglicher Form von Boykott und Blockade in den Beziehungen zu Kuba oder Venezuela eine deutlich formulierte Absage zu erteilen. In Konsequenz der Abschlusserklärung des Wiener Gipfels muss eine neue politische Haltung der EU zu Kuba unter Aufgabe des Gemeinsamen Standpunkts von 1996 eingenommen werden, wie es auch der Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments in seinem Bericht vom 30. Mai 2006 (A6-0183/2005) gefordert hat;
12. dass entsprechend der Abschlusserklärung des Gipfeltreffens EU-Lateinamerika/Karibik künftig darauf verzichtet wird, den lateinamerikanischen Partnern die eigenen Vorstellungen von einer demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung aufzudrängen. Vielmehr sollen die neuen Ansätze partizipativer Demokratie – wie sie in Venezuela in der Verfassung niedergelegt sind und gegenwärtig in Bolivien unter Einbeziehung indigener Organisationsformen und in den brasilianischen Beteiligungshaushalten entwickelt und praktiziert werden – zum Anlass für eine Diskussion über mehr Demokratie in unserer Gesellschaft genommen werden.

Berlin, den 18. September 2006

**Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion**

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/22 75 11 70, Fax: 030/22 75 61 28  
E-Mail: [fraktion@linksfraktion.de](mailto:fraktion@linksfraktion.de)  
V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, MdB  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen  
Initiativen finden Sie unter: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)